

Nachrichten

aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Nr. 61, Dezember 2011



Aus dem Inhalt:

[Archiv der Herrschaft Scheinfeld der Fürsten zu Schwarzenberg kehrt nach Bayern zurück \(S. 4\)](#)

[Handreichung zur Einführung der elektronischen Vorgangsbearbeitung in den Landratsämtern \(S. 9\)](#)

[Retrokonversion von Findmitteln \(S. 15\)](#)

[Übernahme des Nachlasses von Sepp Daxenberger \(S. 23\)](#)

[Massenentsäuerung von Schriftgut \(S. 31\)](#)

[Findmittel zu den Beständen des Fürstentums Pfalz-Sulzbach im Netz \(S. 39\)](#)

Inhalt

Aktuelles

Archiv der Herrschaft Scheinfeld der Fürsten zu Schwarzenberg kehrt nach Bayern zurück4

Archivdelegation aus China zu Besuch5

Vertreter des Arbeitsministeriums und der Sudetendeutschen Landsmannschaft besuchen das Depot des Sudetendeutschen Archivs in Unterschleißheim5

Veranstaltungen

„Das Kataster – mehr als nur ein Steuerbuch“: Quellengespräch der Societas Amicorum im Staatsarchiv Augsburg6

Staatsarchiv Nürnberg auf der Intergeo vertreten8

Tagungen

Teilnahme der Staatlichen Archive Bayerns am Sudetendeutschen Tag 20118

Schriftgutverwaltung

Handreichung zur Einführung der elektronischen Vorgangsbearbeitung bei den bayerischen Landratsämtern veröffentlicht9

Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter mit Verzeichnis der Aufbewahrungsfristen10

Fortbildungsveranstaltungen für die Archivpflegerinnen und Archivpfleger der Justiz10

Archivpflege

Tagung der Archivpfleger des Regierungsbezirks Schwaben im Staatsarchiv Augsburg11

Oberpfälzer Archivpfleger informieren sich über Schimmel- und Notfallvorsorge im Archiv12

Rückgabe der deponierten Gemeindearchive Schwabmühlhausen, Leipheim und Riedheim an die Gemeinde Langerringen und die Stadt Leipheim13

Projekte

Erschließung von Urkunden und Amtsbüchern im Rahmen des DFG-Projekts „Schriftlichkeit in süddeutschen Frauenklöstern“14

Retrokonversion von Findmitteln der Staatlichen Archive Bayerns15

Bestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Urkunden des Augustinerchorherrenstifts St. Zeno bei Reichenhall neu verzeichnet16

Neu geordnete Bestände des Deutschen Ordens: Die Kommenden Regensburg und Speyer17

Bergbau, Energieversorgung und Schwerindustrie in Bayern: Akten des Finanzministeriums zum Bergwerkswesen verzeichnet18

Bestand „Bayerische Oberste Baubehörde Fotos“ neu verzeichnet19

Neuverzeichnung des Familienarchivs Leuchtenberg21

Nachlass von Georg Escherich neu verzeichnet21

Übernahme des Nachlasses von Sepp Daxenberger23

Übernahme und Verzeichnung des Bestandes „Bayerischer Gemeindegtag“23

Neues aus dem Sudetendeutschen Archiv24

Akten des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen im Sudetendeutschen Archiv verzeichnet25

Staatsarchiv München

Planwirtschaft in Oberbayern und Schwaben während des Dritten Reichs27

Ersatzverfilmung der Akten der Spruchkammer Bad Aibling28

Bestandserhaltung

Konservatorische Behandlung der Amtsbücher und Akten des Klosters Windberg abgeschlossen29

Kabinettskassenbücher König Ludwigs I. aus dem Geheimen Hausarchiv restauriert und verfilmt29

Erstmals Massenentsäuerung von Schriftgut bei den Staatlichen Archiven Bayerns am Beispiel der Münchner Gestapo- und NSDAP-Akten31

Archivbau

Neue Theke im Lesesaal des Staatsarchivs Augsburg32

Ausbildung

Referendarkurs der Archivschule besuchte die nordbayerischen Staatsarchive und das Archiv der Familie von Seckendorff34

Archivsekretärinwärterinnen und -anwärter schließen ihre Ausbildung ab35

Ausstellungen

Drei Lehrausstellungen der Bayerischen Archivschule36

Auf den Spuren von Prinz Albert – Ausstellung im Staatsarchiv Coburg37

Königliche Nachbarschaft: Das Staatsarchiv Landshut und König Ludwig II. auf der Burg Trausnitz38

Internet-Auftritt

Findmittel zu den Beständen des Fürstentums Pfalz-Sulzbach im Netz39

Personalia

Archivdirektor a.D. Dr. Siegfried Wenisch verstorben40

Neue Veröffentlichungen41

Vorankündigung42

Impressum43

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter43

Allen Leserinnen und Lesern,

frohe Weihnachten und ein glückliches und

erfolgreiches Jahr 2012.

Die Staatlichen Archive Bayerns

Aktuelles

Archiv der Herrschaft Scheinfeld der Fürsten zu Schwarzenberg kehrt nach Bayern zurück

Über 30 Jahre währten die Bemühungen, das in Tschechien verwahrte Archiv der Stammlinie des Hauses Schwarzenberg wieder in seine Herkunftsregion nach Mittelfranken zurückzuführen. Am 3. Oktober wurde im Rahmen eines Festakts im Nationalarchiv in Prag vom Direktor PhDr. Václav Rameš des Staatlichen Gebietsarchivs Třeboň und der Generaldirektorin der Staatlichen Archive Dr. Margit Ksoll-Marcon eine Vereinbarung unterzeichnet, auf deren Grundlage der Tschechische Staat die Übergabe des Archivs der Herrschaft Scheinfeld der Fürsten zu Schwarzenberg nach Bayern ermöglichte. Der Tschechische Staats-

als Akt des guten Willens der Tschechischen Republik erfolge. Staatsminister Dr. Heubisch sprach in seinen Ausführungen der tschechischen Staatsregierung seinen herzlichen Dank „für diese noble Entscheidung“ aus. Er bekundete seine Freude, dass die langjährigen Verhandlungen nun zu einem guten Abschluss gekommen seien und bezeichnete die Übergabe des Archivs als einen Meilenstein, der dazu beitragen wird, dass die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter wachsen werden. Anschließend zeichnete der gerade in den Ruhestand getretene Generaldirektor PhDr. Václav Babička die Übergabeverhandlungen an Hand ausgewählter Dokumente nach.



Dr. Margit Ksoll-Marcon und Dr. Václav Rameš beim Unterzeichnen der Vereinbarung, dahinter v.l.: Dr. Detlef Lingenmann, Deutscher Botschafter in Prag, Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch und Jan Kubice, Innenminister der Tschechischen Republik
(Foto: Tschechisches Innenministerium)

minister des Innern Jan Kubice überreichte symbolisch eine Urkunde aus dem Jahr 1355 aus dem Schwarzenberg-Archiv an den Bayerischen Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Wolfgang Heubisch in Gegenwart des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland Dr. Detlef Lingenmann. In seiner Ansprache betonte der tschechische Innenminister u.a. die guten Kontakte zu Bayern und hob hervor, dass die Übergabe des Schlossarchivs an Bayern im Rahmen der Rückführung von Kulturgut

Die Geschichte des Scheinfelder Archivs ist geprägt von den historischen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Zu Beginn der 1940er Jahre befand sich das Archiv auf Schloss Schwarzenberg in Scheinfeld in Mittelfranken. 1940 hatte die Familie zwar den Entschluss gefasst, das Archiv nach Krumau in Böhmen zu verlagern, wo sich das Zentralarchiv der Familie befand. Das Staatsarchiv Nürnberg, das die Fideikommissaufsicht inne hatte, widersprach, um die Archivalien in Mittelfranken zu halten. Im selben

Jahr wurde Fürst Adolf zu Schwarzenberg von der Geheimen Staatspolizei zum Staatsfeind erklärt und sein gesamtes Vermögen beschlagnahmt. Die staatliche Archivverwaltung stimmte der Verlagerung des Schlossarchivs letztlich doch zu auf Grund der alliierten Luftangriffe auf den Großraum Nürnberg, die das Scheinfelder Archiv bedrohten. Unter der Auflage, dass das Archiv nach Kriegsende wieder an seinen angestammten Platz zurückgebracht werde, erfolgte im Frühjahr 1944 die Verlagerung nach Krumau. Die Rückführung des Archivs kam allerdings nach Kriegsende nicht zustande. Dazu trug bei, dass die Familie der Fürsten zu Schwarzenberg, die in Böhmen reich begütert war, am 13. August 1947 durch Sondergesetz des Tschechoslowakischen Staates entschädigungslos enteignet wurde. Damit ging das Zentralarchiv der Fürsten zu Schwarzenberg in die Hand des Staates über. Verkompliziert wurde die Lage dadurch, dass die Familie Schwarzenberg in der Bundesrepublik die Rückerstattung des ihr im Dritten Reich entzogenen Vermögens beantragte. Durch Vergleich vom 10. Mai 1965 erhielt sie für das Scheinfelder Archiv eine Wiedergutmachungsleistung, wodurch die Bundesrepublik einen Herausgabeanspruch auf das Archiv erlangte. 1978 hat die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns die Angelegenheit erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg aufgegriffen. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs bemühte sie sich mit Nachdruck um eine Übergabe des Archivs. Jetzt wurde durch eine großzügige Entscheidung der tschechischen Staatsregierung und dank der nachdrücklichen Unterstützung des Vorhabens durch die tschechische Archivverwaltung und der Hilfestellung durch das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland die Übergabe des Archivs ermöglicht.

Margit Ksoll-Marcon

Archivdelegation aus China zu Besuch

Am 12. Juli 2011 besuchte eine fünfzehnköpfige hochrangige Archivdelegation der Volksrepublik China die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und das Bayerische Hauptstaatsarchiv. Die Archivarinnen und Archivare in leitender Funktion, an deren Spitze Ji Hongsheng, der Leiter des Archivs der AVIC (Aviation Industry Corporation of China) stand, repräsentierten Archive bzw. Dokumentationsabteilungen großer staatlicher Institute, Forschungszentren und Firmen der Luft- und Raumfahrttechnik aus Peking, Chengdu, Shenyang, Xi An und Harbin.

Dr. Margit Ksoll-Marcon, Leiterin der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, begrüßte die

Teilnehmer und eröffnete für die interessierten Besucher die Gesprächsrunde mit einer Einführung über die Organisation der staatlichen Archivverwaltung in Bayern. Auf reges Interesse stießen die Informationen von Archivdirektor Dr. Christoph Bachmann zum Aufbau des Digitalen Archivs. Archivrätin Dr. Susanne Wolf informierte über die Ausbildung an der Bayerischen Archivschule. Anschließend führte Dr. Bachmann die Delegation durch Repertorienzimmer, Lesesaal und Magazine des Hauptstaatsarchivs und gab den Besuchern Gelegenheit, den Alltag bayerischer Archivarbeit von der Erschließung bis zur Bestandserhaltung kennenzulernen und archivalische Zimelien zur bayerischen Landesgeschichte anzusehen.

Nach dem Aufenthalt in München setzte die Delegation ihre Reise in Richtung Süden fort und besuchte am 15. Juli in Bozen das Südtiroler Landesarchiv.

Susanne Wolf



Ji Hongsheng, Leiter des Archivs der AVIC (1. Reihe, 2. v. l.), mit seiner Delegation und Dr. Margit Ksoll-Marcon, Leiterin der Generaldirektion der Staatlichen Archive (1. Reihe, 3. v. l.)

Vertreter des Arbeitsministeriums und der Sudetendeutschen Landsmannschaft besuchen das Depot des Sudetendeutschen Archivs in Unterschleißheim

Mitte März 2011 besuchten Ministerialdirigent Paul Hansel (Abteilungsleiter für Europapolitik, Vertriebene, Migration) und Ministerialrat Dr. Wolfgang Freytag vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen sowie Franz Pany, Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Vorstandsvorsitzender der Sudetendeutschen Stiftung, und Klaus Mohr M.A., Mit-



v.l.n.r.:
 Dr. Helmut Demattio,
 Dr. Wolfgang Freytag,
 Dr. Sylvia Krauß,
 Ingrid Sauer,
 Paul Hansel,
 Franz Pany.

arbeiter für die museale Sammlung der Sudetendeutschen Stiftung, das Außenmagazin des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in Unterschleißheim, um die dort deponierten Bestände des Sudetendeutschen Archivs zu besichtigen.

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv war vertreten durch Dr. Sylvia Krauß, Leiterin der Abteilung V, und die Bearbeiter des Sudetendeutschen Archivs Ingrid Sauer M.A. und Dr. Helmut Demattio. Frau Sauer demonstrierte an bereits verzeichneten, ausgewählten Beispielen die drei Bestandsgruppen des Archivs: für die Nachlässe die beiden Bestände von Jörg Kudlich und Fritz Wittmann, für das Verbandsschriftgut die SL Landesgruppen Berlin und Hamburg sowie für die Sammlungen die Unterlagen der Heimatstube Teplitz-Schönau.

Dr. Demattio erläuterte konservatorische Probleme anhand der wegen Schimmelbefalls verpackten Kirchenbücher.

Die Gäste zeigten sich vom Umfang der Bestände des Sudetendeutschen Archivs (mit ca. 1300 laufenden Metern) beeindruckt. Anhand konkreter Vorgänge wurden u.a. Fragen der Neuzugänge, der Übernahme, der Benutzbarkeit, der Bearbeitung und der Aufbewahrung diskutiert und beantwortet. Dr. Freytag übergab zum Abschluss einen Akt mit Vertreibungsberichten, die sich nach der Tschechien-Reise von Ministerpräsident Seehofer im Dezember 2010 in Zuschriften an die Bayerische Staatskanzlei gesammelt hatten.

Sylvia Krauß

Veranstaltungen

„Das Kataster – mehr als nur ein Steuerbuch“: Quellengespräch der Societas Amicorum im Staatsarchiv Augsburg

In der Reihe „Quellengespräche“ der Societas Amicorum lud der Freundeskreis des schwäbischen Staatsarchivs am 21. September 2011 seine Mitglieder und interessierte Gäste in das Staatsarchiv Augsburg ein, um die reichhaltige und flächendeckend überlieferte Archivaliengruppe der Kataster in einer Arbeitssitzung zu untersuchen und dabei die Möglichkeiten dieser Quellengattung anhand von Vorträgen und gemeinsamen Studien näher zu erschließen.

Insgesamt konnte der Amtsleiter Dr. Thomas Engelke 33 Gäste begrüßen. In seiner Ansprache wies er auf den zentralen Rang der bayerischen Katasterüberlieferung in den Rentamtsbeständen der Staatsarchive für die unterschiedlichsten Benützungszwecke hin. In der Einführung zum Thema erläuterte Professor Dr. Karl Filser, 1. Vorsitzender des Freundeskreises des schwäbischen Staatsarchivs, die Entstehung des bayerischen Katasters und der Flurkarten im Königreich Bayern und hob die herausragende Bedeutung der Quellengattung heraus, die heute weit über das ursprüngliche Ziel einer gleichmäßigen und gerechten Steuereinhebung hinausgeht.



Anschließend stellten die Diplom-Archivare (FH) Günter Steiner, Hermann Schweiger und Thomas Steck am Beispiel der Gemeinde Inningen die geschichtliche Entwicklung und die Besonderheiten der Katasterüberlieferung im Staatsarchiv Augsburg von den Anfängen im Jahr 1808 bis in die jüngere Zeit vor. Darauf bezogen wurde erklärt, wie man Katasterunterlagen in der Praxis am sinnvollsten nutzt und welche Besonderheiten dabei berücksichtigt werden müssen.

Im Zentrum des Quellengesprächs standen das gemeinsame Lesen und die Auswertung von vorbereiteten Unterlagen durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Im Vorfeld waren fünf verschiedene Anwesen in Inningen (zwei Maierhöfe, eine Mühle, eine Tafernwirtschaft und eine Sölde) ausgewählt worden. Da lediglich eine Steuergemeinde als Beispiel zur Verfügung stand, musste überwiegend mit Kopien gearbeitet werden. Für jede der fünf Gruppen lagen Kopien der Besitzfession (1810), des Häuser- und Rustikalsteuerkatasters (1810), des Grundsteuerkatasters (1840) und des 1. renovierten Grundsteuerkatasters (1854) der jeweiligen Hausnummer auf Arbeitstischen aus. Beim Eintauchen in die Zeit vor 200 Jahren stießen die Besucher gleich zu Beginn auf Schwierigkeiten. Obwohl die Mehrzahl der Teilnehmer Archiverfahrung hatte, rätselte man z.T. länger über die „verschnörkelten Buchstaben“ der deutschen Schrift. Für manche Teilnehmer unverständlich waren auch zahlreiche heute nicht mehr gebräuchliche Begriffe wie „ludeigen“, „zweileibfällig“, „auf- und abfährig“, „Blutzehnt“ sowie Maße und Gewichte

(„Schäffel“, „Metzen“, „Vierling“), die von den Archivaren knapp erläutert wurden. Des Weiteren wurde auf die enge Verzahnung mit weiteren Quellengattungen hingewiesen, auf die man über die Kataster einen gezielten Zugriff hat. An erster Stelle zu erwähnen sind hier die sogenannten Brief- oder Kontraktenprotokolle bzw. ab 1862 die notariellen Urkunden. So gelang es z.B. – dank des exakten Eintrags im Urkataster – mühelos, den Vorbesitzer der Schuhanssölde im Briefprotokoll des hochstift-augsburgischen Pflegamts Göggingen von 1791 festzustellen.

Nach der Quellenarbeit berichteten die Teilnehmer der Arbeitsgruppen von ihren vielfältigen Erkenntnissen und teilten mit, wo für sie die Hauptproblemfelder lagen. Besonders angetan waren die Besucher auch von der Möglichkeit, „ihr“ jeweiliges Anwesen auf dem in Kopie vorliegenden farbigen Katasterplan zu lokalisieren.

Zum Abschluss erläuterte Prof. Filser die Möglichkeiten der anwesensübergreifenden Katasterauswertung am Beispiel Inningens anhand mehrerer farbiger Schaubilder. Erwähnt seien insbesondere der Zusammenhang zwischen den Steuersummen aller einzelnen Anwesen und der Sozialstruktur des Dorfes sowie zwischen Dachdeckungsmaterial (Strohdächer!) und der Feuerausbreitung beim Ortsbrand im Jahr 1849 oder die bemerkenswerte Anordnung aller Grundstücke der beiden Maierhöfe in der Gemeindeflur. Wegen der guten Resonanz der Veranstaltung ist beabsichtigt, sie nächstes Jahr anlässlich des Deutschen Genealogentages in Augsburg zu wiederholen.

Hermann Schweiger, Thomas Steck, Günter Steiner

Staatsarchiv Nürnberg auf der Intergeo vertreten

Die Intergeo 2011 fand vom 27. bis 29. September im Messezentrum Nürnberg statt. Dabei handelt es sich um den weltgrößten, mit einer Fachmesse verbundenen Kongress für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement mit mehr als 28.000 Besuchern und 500 Ausstellern aus vielen Ländern. Der „Markt der Möglichkeiten“ bot einen faszinierenden Einblick in die vielfältigen Möglichkeiten GPS-gestützter Vermessung und IT-basierender Informationsverarbeitung. Den Bereich der Landesentwicklung, speziell derjenigen des ländlichen Raumes in Mittelfranken, „bespielte“ das Amt für ländliche Entwicklung in Ansbach mit Beispielen aus den Bereichen Flurbereinigung und Dorferneuerung, bei denen es auch um historische Kontexte ging.

Friedrich-Wilhelm Brumberg, Ltd. Baudirektor und Amtschef, hatte bereits im Februar angeboten, dass sich das Staatsarchiv mit einer kleinen Ausstellung mit Faksimiles ausgewählter Stücke der Kartensammlung präsentieren kann. Ein Angebot, das gerne genutzt worden ist.

Eine kleine Schau mit dreizehn kurz erläuterten Karten schuf einen Eindruck der Entwicklung der regionalen Kartographie: Das Spektrum reichte

von der detail- und farbenprächtigen großen Wald- und Fraischkarte des Nürnbergers Georg Nöttelein 1562/63 bis hin zum Flurplan des Markortes Wilhermsdorf (westlich von Fürth), der bereits einem Katasterblatt ähnelt, aufgenommen und zu Papier gebracht 1771 von Johann Heinrich Wagner. Ltd. Archivdirektor Dr. Gerhard Rechter vermittelte interessierten Messebesuchern in drei gut besuchten Kurzführungen nähere Einzelheiten, v.a. die zunächst primär rechtlichen Gründe für die Entstehung einer Karte. Dargelegt wurde ferner das Zurücktreten der Nürnberger Kartographie gegenüber der markgräflisch-ansbachischen, die eng mit dem Namen Johann Georg Vetter verbunden war, im 18. Jahrhundert. Im Anschluss an die kleine Ausstellung des Staatsarchivs stellte das Amt für ländliche Entwicklung ebenso kurz und prägnant die flächendeckend für das gesamte Königreich Bayern erarbeitete sogenannte Uraufnahme von 1828 ff. mit den noch heute beeindruckenden Messtischblättern vor.

Der auch bei den Faksimiles noch sichtbare gute Erhaltungszustand der Farblichkeit der Originale bot im Übrigen Gelegenheit, auf Archivierungsfragen moderner Geoinformationen einzugehen.

Gerhard Rechter

Tagungen

Teilnahme der Staatlichen Archive Bayerns am Sudetendeutschen Tag 2011

Beim 62. Sudetendeutschen Tag, der am Pfingstwochenende 11./12. Juni 2011 in den Hallen des Messezentrums Augsburg stattfand, hatten die Staatlichen Archive Bayerns zum ersten Mal einen eigenen Stand. Der Stand befand sich publikumswirksam im Mittelgang der Haupthalle, direkt neben dem Stand des neu zu gründenden Sudetendeutschen Museums.

Diese Konstellation veranlasste viele Besucher, sich nach der Verbindung zwischen den Staatlichen Archiven Bayerns und Sudetendeutscher Volksgruppe zu erkundigen.

Die Mitarbeiter des Sudetendeutschen Archivs im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, die an beiden Tagen den Stand betreuten, informierten über den im Sommer 2007 geschlossenen Archivierungsvertrag mit dem ehemaligen Sudetendeutschen Archiv e.V., jetzt Sudetendeutsches Institut e.V. Seit Januar 2008 wird das Sudetendeutsche Archiv von der Abteilung V des Bayerischen Hauptstaatsarchivs betreut.

Von den beiden Mitarbeitern sind in dieser Zeit ca. 30 Findbücher fertig gestellt und über 350 Anfragen



beantwortet worden. Diese Findbücher lagen am Informationsstand aus und konnten eingesehen werden: Auch wurde eine Volltextrecherche in den Findbüchern mit Hilfe des Datenbanksystems FAUST angeboten. Die Archivare berieten über konservatorische Maßnahmen für Archivalien in Privatbesitz und beantworteten Fragen zu juristischen Aspekten wie

Übergabe-Vereinbarungen, Schutzfristen und Zugänglichkeit für Benutzer.

Es zeigte sich auch beim diesjährigen Sudetendeutschen Tag, dass viele Ehrenamtliche und Funktionäre aus Altersgründen ihre Ämter aufgeben und ihre über viele Jahre betriebene (Heimat-)Forschung einstellen. Zahlreiche Gliederungen der Landsmannschaft lösen sich auf, wobei die Gefahr besteht, dass wertvolles Verbandsschriftgut verloren geht.

Das Sudetendeutsche Archiv im Bayerischen Hauptstaatsarchiv sieht eine wesentliche Aufgabe darin, drohenden Schriftgutverlusten durch Informations- und Überzeugungsleistung sowie durch unbürokratische Unterstützung bei der Einholung von Archivgut vorzubeugen. So sorgt es dafür, dass das „Gedächtnis der Sudetendeutschen Volksgruppe“ weiterhin anwächst und das Kulturgut des „vierten bayerischen Stammes“ erhalten bleibt.

Ingrid Sauer

Schriftgutverwaltung

Handreichung zur Einführung der elektronischen Vorgangsbearbeitung bei den bayerischen Landratsämtern veröffentlicht

Die elektronische Vorgangsbearbeitung befindet sich auch bei den bayerischen Landratsämtern im Vormarsch. Gleichwohl herrschen auf diesem Gebiet nach wie vor große Unsicherheiten, die sich nicht nur aus den technischen und organisatorischen, sondern fast mehr noch aus den rechtlichen Rahmenbedingungen ergeben. Dürfen Papiereingänge nach dem Einscannen vernichtet werden? Wie sind elektronische Signaturen zu behandeln? Muss für die Aktenbildung noch ein Aktenplan verwendet werden? Welche Unterlagen müssen in die elektronischen Akten aufgenommen werden? Wie kann die Langzeitverfügbarkeit der Daten gewährleistet werden? Können elektronische Akten ausgesondert und den Archiven zur Übernahme angeboten werden?

Die neue Handreichung der Staatlichen Archive Bayerns geht diesen Fragen nach und fasst den derzeitigen Kenntnisstand zusammen. In ihr wird durchgängig auf die besonderen Gegebenheiten bei den bayerischen Landratsämtern Rücksicht genommen. Diese ergeben sich nicht zuletzt aus dem besonderen rechtlichen Status der Landratsämter in ihrer doppelten Eigenschaft als staatliche Unterbehörden und als Behörden der Gebietskörperschaft Landkreis. Zu beachten waren außerdem ihre eigentümlichen Aufgaben und Zuständigkeiten sowie die organisatorischen Besonderheiten. Die Landratsämter spielen aus Sicht der Staatlichen Archive Bayerns aber auch deshalb eine besondere Rolle, weil sie sich nicht der Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssysteme bedienen, die bei den übrigen staatlichen Behörden gebräuchlich sind, sondern auf Produkte setzen, die sonst nur im kommunalen Bereich größere Verbreitung gefunden haben.

In die Handreichung flossen allerdings auch die Erfahrungen ein, die die Staatlichen Archive Bay-

erns in den letzten zweieinhalb Jahren selbst mit dem flächendeckenden Umstieg auf die elektronische Aktenführung sammeln konnten. Sensibilisiert wurden die Verfasser durch die praktischen Einblicke, die im Rahmen der Aktenaussonderung sowie durch die Fortbildungsveranstaltungen für Registratoren gesammelt werden konnten, die von der Archivverwaltung zusammen mit der Bayerischen Verwaltungsschule angeboten werden. Die Handreichung schöpft schließlich aus den Fragen und Anregungen, die die Archive im Rahmen ihrer Beratungstätigkeit in Sachen Schriftgutverwaltung immer wieder erreichen.

Darüber hinaus ist das Papier aber auch das Ergebnis der fruchtbaren Zusammenarbeit mit verschiedenen Gremien und Instanzen aus dem Sektor der Kommunalverwaltung. Wertvolle Unterstützung erfuhren die Autoren nicht zuletzt durch Herbert Gruschka vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband und Michael Sturm vom Bayerischen Landkreistag. Mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Organisation/eGovernment“ des Innovationszirkels der Bayerischen Landratsämter, die vom Mühldorfer Landrat Georg Huber geleitet wird, konnte das Papier im Vorfeld der Veröffentlichung diskutiert werden. Dank gebührt auch dem Bayerischen Innenministerium, das vor allem in der Konzeptionsphase der Handreichung wichtige Anregungen beisteuerte.

Die Handreichung wurde in den zurückliegenden Monaten allen Landratsämtern über den Bayerischen Landkreistag zugeleitet. Das Arbeitspapier, das regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht werden soll, kann in seiner aktuellen Fassung auch jederzeit von der Homepage der bayerischen Archivverwaltung heruntergeladen werden (<http://www.gda.bayern.de/digital/index.php>). Es wendet sich nicht nur an die Organisationsreferenten der Landratsämter bzw. die für die Einführung von Dokumentenmanagement- (DMS)- und Vorgangsbearbeitungssystem (VBS)-Produkten verantwortlichen IT-Fachkräfte,

sondern in gleichem Maße auch an alle Mitarbeiter in der Schriftgutverwaltung der Landratsämter, die für die Funktionsfähigkeit der DMS- und VBS-Systeme erfahrungsgemäß eine zentrale Rolle spielen. Da in den bayerischen Städten, Märkten und Gemeinden überwiegend dieselben IT-Produkte wie bei den Landratsämtern eingesetzt werden, kann die Veröffentlichung auch für deren Einführungsprojekte von Nutzen sein.

Bernhard Grau

Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter mit Verzeichnis der Aufbewahrungsfristen

Hingewiesen wird auf den nunmehr vorliegenden „Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter mit Verzeichnis der Aufbewahrungsfristen (EAPI-Aufbewahrungsfristenverzeichnis; EAPIAufbew)“ (vgl. auch Nachrichten 57/2009, S. 17). Bearbeitungsstand für das EAPI-Aufbewahrungsfristenverzeichnis ist 1.4.2011. Interessenten können das EAPI-Aufbewahrungsfristenverzeichnis mitsamt Einführungsgrundrunden als PDF-Dateien von der Homepage der Staatlichen Archive Bayerns herunterladen, bei Bedarf ist die Übermittlung von Word-Dateien oder Ausdrucken möglich (Kontakt: poststelle@gda.bayern.de). In der Rubrik „Forum für Fragen zum EAPI und EAPI-Aufbewahrungsfristenverzeichnis“ auf der Homepage werden künftig aktuelle Meldungen und Informationen veröffentlicht. Die beiden Loseblattausgaben der Verlage Carl Link und Jehle-Rehm haben das neue EAPI-Aufbewahrungsfristenverzeichnis in ihren aktuellen Fortsetzungslieferungen bereits herausgebracht, in elektronische Vorgangsbearbeitungs- und Dokumentenmanagementsysteme wird es eingearbeitet.

Die Staatlichen Archive Bayerns und die bayerischen kommunalen Spitzenverbände empfehlen die Verwendung des EAPI sowie des EAPI-Aufbewahrungsfristenverzeichnisses. Die Ablage von Verwaltungsschriftgut nach Aktenzeichen ist – auch und gerade in elektronischen Systemen – einer Ablage nach Stich- und Schlagwörtern (mit Thesaurus) weit überlegen. Die vollständige und wahrheitsgetreue Aktenführung erfüllt die Kriterien der Nachvollziehbarkeit rechtsstaatlichen Verwaltungshandelns. Daher ist der EAPI auch bei elektronischer Vorgangsbearbeitung einzusetzen. Die gleichzeitige Einbindung des Fristenverzeichnisses erlaubt eine automatisierte Terminüberwachung und Aussonderung und führt so zu erheblichen Effizienzgewinnen.

Claudia Pollach

Fortbildungsveranstaltungen für die Archivpflegerinnen und Archivpfleger der Justiz

Im Zeitraum zwischen Mitte April und Anfang Juni 2011 wurden in enger Zusammenarbeit mit den Oberlandesgerichten München, Nürnberg und Bamberg in den jeweils zuständigen Staatsarchiven nach drei Jahren wieder eintägige Fortbildungsveranstaltungen für die Archivpflegerinnen und Archivpfleger der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Bayern angeboten.

In den insgesamt sechs Veranstaltungen mit erfreulich großem Teilnehmerkreis stand die „Änderung der Aussonderungsbekanntmachung Justiz“, in Kraft getreten am 1. August 2008, im Mittelpunkt. Die Anpassung der „Aussonderungsbekanntmachung Justiz“ aus dem Jahr 1994 – als Archivierungsvereinbarung Handwerkszeug eines jeden aussondernden Archivpflegers und Archivars – war durch die Änderung von Aufbewahrungsfristen in den letzten Jahren dringend notwendig geworden. Die überarbeiteten Regelungen bestimmen unter anderem in einem wichtigen Punkt, dass Unterlagen, die gemäß den Aufbewahrungsbestimmungen der Justiz dauernd oder länger als 50 Jahre aufzubewahren sind, nach Ablauf einer Aufbewahrungsdauer von 50 Jahren auszusondern und dem Archiv anzubieten sind. Damit wird die kontinuierliche Entlastung der Registraturen der Justizdienststellen gewährleistet, die für einige Aktengruppen Aufbewahrungsfristen von 100 und 120 Jahren (z.B. Nachlassakten, Adoptionsakten, Vormundschaftsakten der Amtsgerichte) sowie eine dauernde Aufbewahrung kennen.

Hauptaufgabe der Archivpflegerinnen und Archivpfleger bei den Geschäftsstellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften ist die ordnungsgemäße Abwicklung der Aussonderung, um für künftige Generationen eine planvolle und angemessen umfangreiche Aktenüberlieferung des wichtigen Justizschriftgutes zu sichern. Eine frühzeitige Kontaktaufnahme mit dem zuständigen Archiv bei Fragen und Problemen ist erwünscht und vermeidet unnötige Mehrarbeit auf beiden Seiten. So galt das Hauptaugenmerk der Schulungen besonders der praktischen Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften, wobei insbesondere Fragen der Archivpflegerinnen und Archivpfleger vom jeweils zuständigen Staatsarchiv beantwortet wurden und Raum für Meinungsaustausch gegeben war.

Um dem voranschreitenden Einsatz von elektronischen Gerichtsverwaltungsprogrammen bei der Justiz Rechnung zu tragen, war – wie im Jahr 2008 – auch 2011 ein Tagesordnungspunkt dem aktuellen Stand dieser Entwicklung gewidmet: Für die Vorstellung des Gerichtsautomationsprogramms „forumSTAR“, das in der Hauptsache zur elektronischen Akten-

verwaltung der Zivilabteilungen an Amtsgerichten, Landgerichten und Oberlandesgerichten eingesetzt wird, konnte für alle Veranstaltungen Justizfachwirt Tilman Janzarik von der Gemeinsamen IT-Stelle der Bayerischen Justiz beim Oberlandesgericht München, Außenstelle Traunstein, gewonnen werden. Den Schwerpunkt seines Vortrags legte Tilman Janzarik auf die Funktionen von „forumSTAR“ für die Aktenaussonderung, denn das Programm ermöglicht bei entsprechender Handhabung der sogenannten „Weglege-Maske“ ein automatisiertes Anbieterver-

fahren. Hier zeigen sich klar die Ergebnisse aus den Gesprächen zwischen Justiz und staatlicher Archivverwaltung der vergangenen Jahre. Deutlich wurde auch, dass die Archivpflegerinnen und Archivpfleger der Justiz, unabhängig von ihren weiteren Fachaufgaben, eine Schulung in „forumSTAR“ benötigen, um künftig die Aktenaussonderungen der Geschäftsstellen begleiten zu können. Erste Schulungen sind bei der Justiz im Herbst 2011 durchgeführt worden.

Susanne Wolf



Fortbildungsveranstaltung vom 9. Juni 2011 am OLG Bamberg (Foto: Susanne Wolf)

Archivpflege

Tagung der Archivpfleger des Regierungsbezirks Schwaben im Staatsarchiv Augsburg

Am 5. Oktober 2011 fand die alljährliche Tagung der Archivpfleger des Regierungsbezirks Schwaben im Staatsarchiv Augsburg statt. Thematischer Schwerpunkt war in diesem Jahr die Einführung von Dokumentenmanagementsystemen (DMS) bei staatlichen Behörden und Kommunen in Bayern. Am Vormittag stellte zunächst Dr. Bernhard Grau von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns unter dem Titel „Die Einführung der elektronischen Vorgangsbearbeitung bei den Staatlichen Archiven Bayerns – Ziele, Strategie und Einführungsprozess“ die gene-

rellen Konzeptionen und derzeitigen Anwendungsbereiche vor. Danach berichtete Günter Steiner vom Staatsarchiv Augsburg unter dem Titel „Das elektronische Vorgangsbearbeitungssystem Eldora am Staatsarchiv Augsburg – praktische Erfahrungen bei der Einführung“ über die Etablierung dieses DMS-Systems im Staatsarchiv Augsburg im Februar 2011 im Echtbetrieb.

Der Nachmittag diente, wie bei den schwäbischen Archivpflegertagungen üblich, der Aussprache und dem generellen informellen Informationsaustausch unter den Archivpflegern, wobei jedoch auch hier die Themen des Vormittags die rege Diskussion bestimmten. Auch auf die Erörterung von Möglichkei-



ten gezielter Öffentlichkeitsarbeit der Kreisarchivpfleger wurde einige Zeit verwendet.

Daneben konnte wie bereits im Vorjahr als Zusammenfassung der Arbeitsberichte der Archivpfleger festgehalten werden, dass sich die Archivpflege im Regierungsbezirk Schwaben auf einem guten Weg befindet. Bei ungefähr einem Drittel der kommunalen Archive im Sprengel sind inzwischen vertretbare bis gute Bedingungen für die Unterbringung des Archivguts geschaffen, und sie sind weitgehend geordnet und verzeichnet. Bei einem weiteren Drittel sind entsprechende Arbeiten zumindest auf den Weg gebracht. Auch im vergangenen Jahr kamen mehrere Kommunen hinzu, die jetzt über ein angemessen untergebrachtes und geordnetes neues Gemeindearchiv verfügen (vgl. auch den Bericht zur Rückgabe von deponierten Gemeindearchiven an die Gemeinde Langerringen und die Stadt Leipheim in diesem Heft auf S. 13).

Erfreuliches ist im personellen Bereich zu berichten. Zwar schied mit Dr. Johannes Mordstein Anfang des Jahres der bisherige Archivpfleger für den Landkreis Dillingen aus, doch stellte sich dessen designierter Nachfolger Helmut Herreiner bereits bei dieser Jahrestagung seinen zukünftigen Kollegen vor. Und da zudem Claudia Ried erneut zur Archivpflegerin des Landkreises Augsburg bestellt werden konnte, verfügen zum Jahresende 2011 wieder alle Landkrei-

se des Regierungsbezirks Schwaben über mindestens einen Archivpfleger.

Thomas Engelke

Oberpfälzer Archivpfleger informieren sich über Schimmel- und Notfallvorsorge im Archiv

Schimmel ist ein unliebsames Thema, das sich im täglichen Umgang mit Archiv- und Registraturgut leider nicht ignorieren lässt. Die Reaktionen der in der Praxis betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewegen sich aufgrund von Unkenntnis nicht selten zwischen Verharmlosung einerseits und Besorgnis, ja lähmender Hysterie andererseits. Verschiedene Fälle von Schimmelschäden in Archiven und Registraturen Oberpfälzer Kommunen, die dem Staatsarchiv Amberg in letzter Zeit bekannt geworden sind, nahm dieses zum Anlass, um für die diesjährige Archivpflegertagung, die am 6. Oktober 2011 im Vortragssaal des Staatsarchivs stattfand, das Thema Schimmel zu wählen. Ziel der Veranstaltung, an der rund 50 Kreisarchivpfleger, Stadt- und Gemeindearchivarinnen und -archivare aus der gesamten Oberpfalz sowie zusätzlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staatsarchivs Amberg teilnahmen, war es, für die Schimmelproblematik zu sensibilisieren und Grundregeln für den Umgang mit kontaminiertem Archivgut – so-

wohl im Interesse des Gesundheitsschutzes als auch im Sinne der Bestandserhaltung – zu vermitteln.

Als Referenten hatte das Staatsarchiv Archivoberrat Gerhard Fürmetz, Referent für Bestandserhaltung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, und Josefine Echensperger, Restauratorin in der dortigen Restaurierungswerkstatt, eingeladen. Sie erläuterten die beim Umgang mit Schimmel bestehenden Gesundheitsrisiken (Mykosen, Erkrankungen durch Mykotoxine, Allergien) und deshalb unerlässliche Arbeitsschutzmaßnahmen und Verhaltensregeln (wie Verwendung einer persönlichen Schutzausrüstung, regelmäßige Reinigung oder Desinfektion des Arbeitsplatzes und der Hände), wie sie in den Technischen Regeln für Biologische Arbeitsstoffe – TRBA 240 beschrieben sind. Anhand von Archivalienbeispielen präsentierten Fürmetz und Echensperger typische Schadensbilder, an denen sich Schimmelbefall erkennen lässt. Als Sofortmaßnahmen zur Schimmelbekämpfung empfahlen sie die räumliche Trennung der befallenen Archivalien durch Verlagerung in einen trockenen Raum (gegebenenfalls nach vorheriger Trocknung des Materials) oder zumindest durch Verpackung in atmungsaktiven Papierumschlägen oder Kartons sowie die anschließende Dekontamination durch Trockenreinigung.

Beispiele von Archivalien, die wegen Schimmelschadens restauratorisch behandelt werden mussten, demonstrierten den überraschten Teilnehmern den mit der Instandsetzung verbundenen Kostenaufwand und daraus folgend die Bedeutung von Vorsorgemaßnahmen (Magazinklima, Magazinreinigung, Verpackung). Sie können einem möglichen Schimmelmwuchs auf effektivste und wirtschaftlichste Art und Weise den Boden entziehen.

Schimmelbefall ist nicht nur das Ergebnis unzureichender klimatischer Lagerungsbedingungen, sondern kann auch aus Schäden durch Wassereinträge oder Löschwasser resultieren. Deshalb nutzte im Anschluss Archivdirektorin Dr. Maria Rita Sagstetter, Leiterin des Staatsarchivs Amberg, die Gelegenheit, um die Stadt- und Gemeindearchivarinnen und -archivare auf die Notwendigkeit der Notfallplanung hinzuweisen, die sinnvollerweise in Kooperation mit der Verwaltung (etwa eingebunden in den Notfallplan für das gesamte Rathaus) zu erfolgen hat, und mit Bezug auf einschlägige Literatur und Handreichungen, wie sie in gedruckter Form und im Internet verfügbar sind, Empfehlungen für die Notfallvorsorge zu geben. Angesprochen wurden insbesondere baulich-technische sowie organisatorische Vorkehrungen des Brand- und Wasserschutzes, Gebäudebegehungen mit der Feuerwehr, das Erstellen von Alarmplänen

und Telefonlisten, von Raum- und Bergungsplänen sowie das Vorhalten von Notfallboxen mit „Erst-Hilfe“-Ausrüstung für die Bergung von Archivgut und dessen Vorbereitung für die Gefriertrocknung.

Maria Rita Sagstetter

Rückgabe der deponierten Gemeindearchive Schwabmühlhausen, Leipheim und Riedheim an die Gemeinde Langerringen und die Stadt Leipheim

In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts, vor allem aber zwischen 1906 und 1912 haben zahlreiche Gemeinden im Regierungsbezirk Schwaben, die selbst kein angemessenes Archiv einrichten konnten, von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ihre Archivalien im damaligen Staatsarchiv Neuburg an der Donau zu deponieren. Daher verfügt das Staatsarchiv Augsburg noch heute über Archivalien von mehr als 300 bestehenden oder ehemaligen Gemeinden, deren Bestände vereinzelt bis weit in die Zeit des Alten Reiches zurückreichen können.

Dieses genuin kommunale Archivgut wurde seinerzeit zur Sicherung in die staatlichen Archive übernommen. Es ist das Bestreben des Staatsarchivs Augsburg, diese Depots an die Gemeinden zurückzugeben, aus denen sie ursprünglich stammen, bzw. bei Eingemeindungen an die heute zuständige Gemeinde abzugeben.

Voraussetzung für eine Rückgabe ist jedoch, dass die entsprechende Gemeinde über ein eigenes Archiv mit geeigneten Räumen verfügt, die Bestände geordnet und erschlossen sind sowie durch eine – möglichst hauptamtliche – Betreuung des Archivs die weitere Benutzung der Archivalien gewährleistet ist. Insofern ist jede Rückgabe eines gemeindlichen Archivdepots durch das Staatsarchiv auch ein Erfolg auf dem Gebiet der Archivpflege, zeigt es doch, dass jetzt ein weiteres funktionierendes Kommunalarchiv besteht.

Umso erfreulicher ist es, dass das Staatsarchiv Augsburg in diesem Jahr bereits drei Archive zurückgeben konnte. Am 8. Juli 2011 wurde das deponierte Archivgut von Schwabmühlhausen an die Gemeinde Langerringen zurückgegeben und am 18. August die Depots Leipheim und Riedheim an die Stadt Leipheim. Die feierliche Übergabe der Depots war jeweils mit einem Pressetermin verbunden. Bei beiden Anlässen betonten die Bürgermeister ihre Verantwortung für die historische Überlieferung ihrer Gemeinde sowie die Schaffung der Möglichkeiten zur Erforschung von deren Geschichte, wozu es eben

auch gehöre, sich angemessen um ihr Gemeindearchiv als „Gedächtnis der Kommune“ zu kümmern. Diese Pressetermine dienten nicht zuletzt auch dem Bemühen, der interessierten Öffentlichkeit in den Gemeinden anzuzeigen, dass diese Archivalien, de-

ren Existenz im Staatsarchiv vor Ort oftmals schon in Vergessenheit geraten war, jetzt wieder in der Gemeinde zu benutzen sind.

Thomas Engelke

Projekte

Erschließung von Urkunden und Amtsbüchern im Rahmen des DFG-Projekts „Schriftlichkeit in süddeutschen Frauenklöstern“

Im September 2011 schloss das Bayerische Hauptstaatsarchiv seinen Anteil an den Erschließungs- und Digitalisierungsarbeiten im Rahmen des Projekts „Schriftlichkeit in süddeutschen Frauenklöstern“ ab, dessen zeitlicher Rahmen bis 1560 reicht. Das Projekt begann Ende 2008 und wurde gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte und Hilfswissenschaften von Prof. Dr. Eva Schlotheuber an der Universität Münster (jetzt: Universität Düsseldorf) und der Bayerischen Staatsbibliothek durchgeführt. Seine genaue Beschreibung findet sich unter der Adresse der Projekthomepage: <http://www.uni-muenster.de/Geschichte/hist-sem/MA-G/L3/forschen/DFGProjekt.html>

Die exemplarisch ausgewählten Frauenklöster waren die Dominikanerinnen von Altenhohenau, die Birgitten von Altomünster, die Klarissen im Angerkloster in München, die Franziskanerinnen im Pütrichhaus in München und die Benediktinerinnen in Neuburg a.d. Donau. Deren ausgezeichnete Überlieferung ermöglichte es, anhand der Handschriften, Archivalien und Wiegendrucke erstmals systematisch und umfassend das Bildungs- und Bibliotheksprofil dieser Gemeinschaften zu rekonstruieren und auszuwerten.

Vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv wurden die insgesamt ca. 2800 Urkunden (Dr. Sylvia Strodel) und 79 Amtsbücher (Dr. Peter Urbanek) in Regestenform in der Archivdatenbank FAUST erfasst.

Die Urkundenbestände erhielten, wenn nötig, eine Neuformierung unter Aufnahme von Nachträgen. Vorhandene ältere Regesten wurden umgearbeitet, ansonsten neue erstellt. Personen und Orte sind über Indices erschlossen. Für die Klöster Neuburg a.d. Donau, Altomünster und Altenhohenau entstanden neue Findbücher. Die Urkundenbestände sind im Urkundenportal „Monasterium“ (www.monasterium.net) im Internet mit den Digitalisaten und Regesten einzusehen.

Die Amtsbücher wurden zunächst nach den aktuellen Richtlinien der Staatlichen Archive Bayerns für die Verzeichnung von Amtsbüchern neu erschlossen. Für das Pütrichhaus München sind für den relevanten Zeitraum keine Amtsbücher überliefert. Zum Bestand der Benediktinerinnen des Klosters Neuburg kamen noch einige Amtsbücher aus dem Archivalienbestand Jesuitenorden, Kolleg Neuburg hinzu, die auf das Frauenkloster als Besitzvorgänger zurückgehen.

Die erweiterte Erschließung im Rahmen des Projekts hielt zahlreiche über die übliche archivische Verzeichnung hinausgehende Informationen aus den Amtsbüchern fest. Dazu gehörte die Aufnahme aller vorkommenden Namen der Äbtissinnen, Priorinnen, Chor- und Laienschwestern und deren Funktionen mit Angabe der Seiten- bzw. Foliozahl, ebenso die der männlichen Amtsträger der Klöster.

Ein Punkt, dem besondere Aufmerksamkeit zugewandt wurde, war die Frage nach den Schreiberhänden der Amtsbücher. Nicht zuletzt ist das „Gebrauchsschriftgut“ eines der raren Segmente von Schriftlichkeit, die von den Frauen selbst verfasst wurden. Dieser Frage ist Dr. Almut Breitenbach von der Universität Münster nachgegangen. Bei einigen Amtsbüchern konnte eine Autorschaft der Äbtissinnen durch eine Eintragung wahrscheinlich gemacht werden.

Besonderes Augenmerk richteten die Projektmitarbeiter auf Nachweise der in den Klosterbibliotheken befindlichen Bücher. Hierzu konnte in einem Amtsbuch des Klosters Altenhohenau eine Liste mit erworbenen Büchern aufgefunden werden.

Da Amtsbücher für den alltäglichen Verwaltungsgebrauch hergestellt wurden, ist es ungewöhnlich, wenn sich darin Buchmalereien (wie im Bestand Kloster Neuburg a.d. Donau), Drucke (bei Kloster Altomünster) oder Zeichnungen (beim Angerkloster München) befinden, die auch kunstgeschichtlich von Interesse sein könnten. Deshalb sind diese Besonderheiten zusätzlich in den Datensätzen vermerkt worden. Festgehalten wurden ebenso die Verzierungen

geprägter Bucheinbände des Angerklosters und des Klosters Altomünster.

Eine unter den Amtsbüchern befindliche liturgische Handschrift der Abtei Altomünster wurde von Dr. Anja Freckmann (Bayerische Staatsbibliothek) bearbeitet. Sie fand heraus, dass diese Handschrift die Vorlage für eine in der Staatsbibliothek verwahrte Handschrift darstellt. Im Gegensatz zu den Urkunden werden die Digitalisate und die dazugehörigen Erfassungsdaten der Amtsbücher unter der Homepage der Generaldirektion der Staatlichen Bayerischen Archive Bayerns (www.gda.bayern.de) zur Ansicht freigeschaltet.

Peter Urbanek

Retrokonversion von Findmitteln der Staatlichen Archive Bayerns

Zum 30. September 2011 wurde das Projekt zur Retrokonversion von Findmitteln der Staatsarchive Amberg, Augsburg, Bamberg, Coburg, Landshut, Nürnberg und Würzburg abgeschlossen. Mit finanzieller Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) stehen damit 83 neue Onlinefindmittel mit insgesamt 125.723 Verzeichnungseinheiten für datenbankgestützte Recherchen auf der Homepage der Staatlichen Archive Bayerns bereit (<http://www.gda.bayern.de/findmittel/ead/>).

Bei diesem Retrokonversionsprojekt handelt es sich bereits um das zweite seiner Art, das die Staatlichen Archive Bayerns im Rahmen der seit 2008 bestehenden DFG-Förderlinie zur Digitalisierung und Onlinestellung analoger Findmittel realisiert haben. Schon seit Juli 2010 sind die Ergebnisse des ersten Projekts, 27 Findmittel des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und des Staatsarchivs München (über 85.000 Verzeichnungseinheiten), online verfügbar. Im Rahmen dieses Pilotprojekts war auch die technische Infrastruktur der „Findmittel-Datenbank“ in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns entwickelt worden, die die bisherige Interimslösung für die Onlinebereitstellung von Findmitteln per PDF sukzessive ablösen wird. Aus einigen Staatsarchiven konnten bereits auch außerhalb der beiden Retrokonversionsprojekte fertiggestellte Onlinefindmittel in die Findmittel-Datenbank integriert werden, so dass dort derzeit insgesamt über 257.000 Verzeichnungseinheiten recherchiert werden können.

Das nun abgeschlossene Projekt ist im Februar 2010 von der DFG bewilligt und im Zeitraum März

2010 bis September 2011 realisiert worden. Wie üblich wurde die Digitalisierung eines Teils der Findmittel mit finanzieller Förderung der DFG von einem Dienstleister vorgenommen, während der andere Teil in Eigenleistung erbracht wurde. Wegen des Umfangs des Auftragsvolumens hatte die Vergabe an den Dienstleister im Rahmen eines EU-weiten Ausschreibungsverfahrens zu erfolgen, das einige Zeit in Anspruch nahm. Als Format für den Datenaustausch und die Onlinepräsentation diente EAD-XML (EAD: Encoded Archival Description). In diesem Zusammenhang waren einige Anpassungen an der Struktur der FAUST-Archivdatenbanken notwendig, die auch bei der Erarbeitung neuer Muster-Erfassungsmasken berücksichtigt wurden.

Die persönliche Beratung des Benützers durch den Facharchivar wird durch Onlinefindmittel keineswegs überflüssig. Allerdings werden durch das neue „virtuelle Repertorienzimmer“ Recherchen bereits im Vorfeld eines Archivbesuchs erleichtert, der sich dadurch wesentlich effizienter gestalten lässt. Gegenüber den bisherigen PDF-Findmitteln bietet die Online-Findmitteldatenbank den Vorteil nicht nur bestands-, sondern auch archivübergreifender Recherchen und der Verknüpfung von Suchbegriffen. Treffer werden dabei in ihrem jeweiligen Kontext angezeigt, so dass die Vorteile analoger Findbücher auch unter digitalen Verhältnissen gewahrt bleiben. Neben der Präsentation auf der Homepage der Staatlichen Archive Bayerns sollen die Findmittel auch in möglichst vielen überregionalen Portalen nachgewiesen werden. Derzeit kommt dafür vor allem das BAM-Portal (Portal zu Bibliotheken, Archiven, Museen) in Frage, an das der Datenexport bereits erfolgt ist. In weiteren Schritten sollen auch die Deutsche Digitale Bibliothek (über das geplante „Archivportal D“), die Europeana und das „Europäische Archivportal“ (APEnet) berücksichtigt werden, sobald die notwendigen Voraussetzungen bestehen.

Die Staatlichen Archive Bayerns können ihren Benützern damit ein zeitgemäßes Instrument für internetgestützte Recherchen in ihren Beständen anbieten. Das Angebot wird mit zunehmendem Umfang in Anlehnung an die Tektonik der einzelnen Archive weiter strukturiert werden.

Michael Unger

Bestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Urkunden des Augustinerchorherrenstifts St. Zeno bei Reichenhall neu verzeichnet

Im Rahmen des seit Oktober 2010 im Bayerischen Hauptstaatsarchiv laufenden Projekts European Network of Archival Cooperation (ENArC) sind nun die Urkunden des Augustinerchorherrenstifts St. Zeno bei Reichenhall im archivischen Datenbankprogramm FAUST erfasst und stehen demnächst digital im Internet unter www.monasterium.net bereit.

Das nördlich des alten Stadtkerns von Bad Reichenhall gelegene St. Zeno entstand aus einer unter Erzbischof Arn (785/98–821) von Salzburg errichteten bischöflichen Eigenkirche, für die jedoch keine eigene schriftliche Überlieferung erhalten ist. Das Stift lässt sich erstmals bereits an gleicher Stelle in einer Urkunde Erzbischof Konrads I. von Salzburg vom 5. April 1136 belegen, welche die Umwandlung der *plebana ecclesiastica* bei Hall in ein reguliertes Augustinerchorherrenstift mit dem Recht auf freie Propstwahl offiziell bestätigte. Als einziges Augustinerchorherrenstift des Salzburger Reformverbandes ist St. Zeno damit keine Gründung des Adels, sondern geht auf die Initiative des Erzstifts Salzburg zurück, das sich auf diese Weise einen dauerhaften Einfluss auf das wohlhabende Hall und seine Salzquellen sichern wollte.

Von Anbeginn übernahm das Chorherrenstift wichtige seelsorgerische Aufgaben in der Region. Bereits in der Gründungsurkunde hatte Erzbischof Konrad I. dem Stift die Pfarrrechte in Reichenhall übertragen. Noch vor dem Jahr 1200 erfolgte die Inkorporation der Pfarreien Inzell (1191) und Kirchdorf im Leukental (1197), ca. 1215/1216 kam die Pfarrei St. Martin bei Lofer hinzu und im Jahr 1335 übernahm das Stift die weitläufige Pfarrei Petting im salzburgischen Pfliegericht Waging. Einen großen Teil der Pfarr- und Filialkirchen betreuten die Chorherren persönlich vor Ort, sodass grundsätzlich nur ein Teil der Stiftsherren an der *vita communis* im Stift tatsächlich teilnahm.

Als Stiftskirche diente zunächst die baufällige ehemalige Pfarrkirche, die seit der Mitte des 12. Jahrhunderts auf Betreiben der Reichenhaller Bürgerschaft neu errichtet und im Jahr 1228 geweiht wurde. Die prächtige Ausgestaltung der Kirche, die als größte romanische Basilika in Altbayern gilt, zeugt bis heute vom großen Reichtum Reichenhalls in dieser Epoche.

Über Jahrhunderte hinweg war die Salzverarbeitung eine bedeutende Einnahmequelle des Stifts.

Durch Schenkungen hatte St. Zeno bis zum 14. Jahrhundert einen Anteil von einem Sechzehntel an der Reichenhaller Saline erwerben können. Steigende Produktionskosten und allmählich versiegende Salzquellen ließen die Salzproduktion seit der Mitte des 16. Jahrhunderts immer weniger rentabel werden. Im Jahr 1616 übertrug man die stiftseigenen Sudpfannen schließlich pachtweise an den Herzog von Bayern.

Nach einer Phase des geistigen und wirtschaftlichen Niedergangs im 15. Jahrhundert erfolgte eine umfassende Reform des Stifts unter Propst Ludwig Ebmer (1485–1513), dem späteren Bischof von Chiemsee und Berater Kaiser Maximilians I., doch brachten ein Klosterbrand im Jahr 1512 und ein verheerender Stadtbrand wenige Jahre später diesen Aufschwung wieder zum Erliegen. Vor allem wegen seines Musikschaffens erlebte St. Zeno im 18. Jahrhundert eine kulturelle Blüte, was auch Wolfgang Amadeus Mozart zu schätzen wusste, der mehrfach im Stift zu Besuch weilte.



Siegel des Erzbischofs Konrad I. von Salzburg,
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Kloster St. Zeno Urk. 1

Wie alle Klöster im Kurfürstentum Bayern erlitt auch das Stift St. Zeno im Jahr 1803 das Schicksal der Säkularisation. Die um das Stift gelegenen Ländereien in Reichenhall gingen in Privatbesitz über, das Hauptgebäude des ehemaligen Stifts diente vorübergehend als Sitz des Landrichters. Im Jahr 1852 erwarb der Orden der Englischen Fräulein den alten Klosterkomplex und errichtete dort eine Mädchenschule. Bis heute werden die Gebäudekomplexe

weitgehend für schulische Zwecke genutzt. Die im 19. Jahrhundert neugotisch umgestaltete Stiftskirche dient seit der Säkularisation wieder als Pfarrkirche.

Der im Bayerischen Hauptstaatsarchiv erhaltene Bestand umfasst 872 Urkunden mit einer Laufzeit von 1136 bis 1782. Er setzt sich in erster Linie aus dem Altbestand der früher faszikelweise geordneten Klosterurkunden St. Zeno sowie aus zahlreichen, im Rahmen der Provenienzbereinigung aus den Beständen der Gerichtsurkunden Reichenhall und Traunstein rückgeführten Urkunden zusammen. Ein vergleichsweise großer Teil der Urkunden, nämlich 566 Stück, stammt aus der Zeit vor 1500. Bisher war der Bestand bis zum Jahr 1400 lediglich über eine Aussteller- und Sieglerliste erschlossen. Auf die Urkunden nach 1400 konnte man nur über die Datierungsangabe zugreifen. Im Bestand sind auch die Urkunden der inkorporierten Pfarreien, Vikariate und Filialkirchen enthalten.

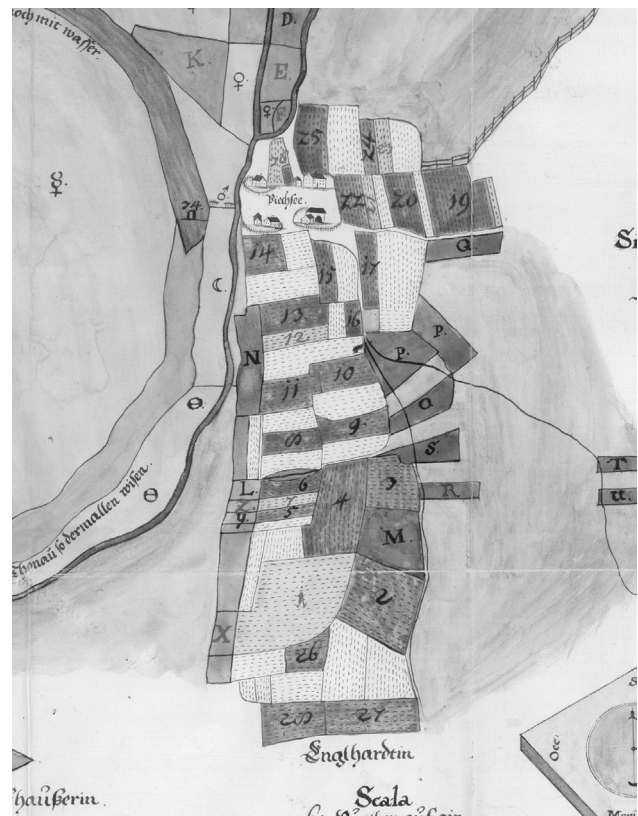
Monika Ofer

Neu geordnete Bestände des Deutschen Ordens: Die Kommenden Regensburg und Speyer

Mit dem hauptsächlich aus Abgaben der Staatsarchive Amberg und Nürnberg neu formierten Bestand „Deutscher Orden, Kommende Regensburg Amtsbücher und Akten“ ist nunmehr die archivische Überlieferung sämtlicher altbayerischen Deutschordensniederlassungen (Blumenthal, Weil, Gangkofen und Regensburg) vollständig erschlossen und benützlich. Bearbeiter des Bestandes waren Thomas Engelke (Verzeichnung der Amberger Abgaben) und Julian Holzapfl (Verzeichnung der Nürnberger Abgaben und abschließende Ordnung). Die weit umfangreicheren Ordnungsarbeiten im Staatsarchiv Nürnberg, wo die Unterlagen der fränkischen Kommenden, der Landkommende Ellingen und der Ballei Franken verwahrt werden, dauern an.

Die Regensburger Deutschordensniederlassung entstand 1210 durch eine Schenkung des bayerischen Herzogs Ludwig I. an den erst seit wenigen Jahren bestehenden Orden. Diese umfasste neben weiteren Kirchen und einem kleinen Grundstock an Grundbesitz vor allem die bisherige herzogliche Pfalzkapelle und Spitalkirche St. Egidien innerhalb der Regensburger Stadtmauern. Seit 1224 ist eine Ordensgemeinschaft mit eigenem Komtur dort nachweisbar. Bereits früh kamen dazu Hofmarken im Regensburger Umland: 1305 Pichsee, 1396 bzw. 1418 Graß, 1417 Sarching, 1685 Niederwinzer und schließlich 1718 die beiden Hofmarken Adlmannstein und Lichtenwald. 1789 wurde mit der Eingliederung der bisherigen Ordensballei Franken in den Deutschmeisterstaat („Meister-

tum“) mit Sitz in Mergentheim auch die bisher weitgehend selbständige Kommende formal zu einem reinen Pflegamt, das unmittelbar dem neuen Oberamt in Ellingen unterstellt war. Im Dezember 1805 belegte das Kurfürstentum Bayern diejenigen Besitzungen des Regensburger Ordenshauses mit Beschlag, die auf kurbayerischem Gebiet lagen („Sequestration“). Die endgültige Aufhebung des Deutschen Ordens in den Rheinbundstaaten 1809 bedeutete dann auch das Ende der Kommende und die Veräußerung des Deutschen Hofes in Regensburg samt dem restlichen Grundbesitz.



Hofmark Pichsee.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Deutscher Orden, Kommende Regensburg, Amtsbücher und Akten 189 (Ausschnitt)

Insgesamt ist nur ein gutes Drittel des am Ende des 18. Jahrhunderts nachweislich vorhandenen Bestandes an Akten und Amtsbüchern der Kommende erhalten. Dafür sind zunächst wohl in der Zeit zwischen 1805 und 1809 die sich überschneidenden und konkurrierenden Ansprüche Bayerns, des Fürstentums Regensburg und des noch existierenden Deutschmeistertums auf die Unterlagen verantwortlich, die einer geordneten Sicherung von Archiv und Registratur abträglich waren. Leider haben sich aber auch bayerische Archivare des 19. Jahrhunderts durch spätere Kassationen am zunächst gesicherten Bestand wenig segensreich betätigt. Mit 953 Archivalien (16,8 lfm) ist Regensburg unter den altbayerischen Kommenden

trotzdem die archivalisch am besten dokumentierte. Die Kernbereiche des Bestandes sind die grundherrliche Amtsbuch- und Aktenführung sowie das als solches belassene Hofmarksarchiv Adlmannstein und Lichtenwald, das auch umfangreiche Unterlagen der Vorbesitzer vor 1718 enthält. Im Bereich der Verwaltung des Grundbesitzes innerhalb der Stadtmauern und des geistlichen und weltlichen Personals der Kommende selbst sind dagegen die wohl gravierendsten Überlieferungsverluste zu verzeichnen.

Neu geordnet und in einem eigenen Findbuch verfügbar gemacht wurde auch der Bestand der Kommende Speyer. Der ausschließlich aus Rechnungen bestehende Amtsbuchbestand (136 Archivalien, 2,1 lfm) stammt im Kern aus einer Abgabe des Königreichs Württemberg, das die Unterlagen zunächst als staatsrechtlicher Nachfolger des Meistertums in Mergentheim übernommen hatte, an das Allgemeine Reichsarchiv in München im Jahre 1872, also zu einer Zeit, in der Speyer Teil der bayerischen Pfalz war. Nach einer komplizierten Überlieferungsgeschichte ergänzen diese Unterlagen nun die Pfälzer Urkunden- und Aktenbestände des Bayerischen Hauptstaatsarchivs.

Julian Holzapfl

Bergbau, Energieversorgung und Schwerindustrie in Bayern: Akten des Finanzministeriums zum Bergwerkswesen verzeichnet

Das Findbuch „MF 26“ mit seinen knapp 250 Einheiten umfasst in erster Linie die Überlieferung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen zur Bayerischen Berg-, Hütten- und Salzwerke AG (BHS) sowie zu den unter der Kontrolle der BHS stehenden Betrieben. Die entsprechenden Akten wurden 2006 vom Staatsministerium der Finanzen an das Bayerische Hauptstaatsarchiv abgegeben. Im Oktober 2011 erfolgte eine Nachlieferung.

Die Unterlagen stellen eine wertvolle Ergänzung der Beschreibung der Tätigkeiten der BHS dar, die bereits über die Bestände „General-Bergwerks- und Salinen-Administration (GBS)“ und „Generaldirektion der Berg-, Hütten- und Salzwerke (BHS)“ im Hauptstaatsarchiv repräsentiert ist. Dabei bezieht sich der Bereich GBS – mit den Beständen „GBS“ und „GBS Personalakten“ – auf die Zeit von 1807 bis 1869, der Bereich BHS – mit den Beständen „Gdi-onBHS“, „BHS-KuPl (Karten und Pläne)“ und „BHS P-Akten“ – auf die Zeit nach 1869.

Ergänzend sei hier auch auf die „Gesellschaft zur Aufsuchung von Bodenschätzen (GAB)“ verwiesen, deren Akten sich im gleichnamigen Bestand in der

Abt. V des Bayerischen Hauptstaatsarchivs befinden.



Kohlenbergwerk Peißenberg: Abbaustrecke im Bereich der 1000m Sohle, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MF 26, vorl. Nr. 204

Die 1927 gegründete Bayerische Berg-, Hütten- und Salzwerke AG (BHS) war eine zu 100 Prozent staatliche Aktiengesellschaft, deren Hauptverwaltung in der Münchner Ludwigstraße, in einem Bau Friedrich von Gärtners, untergebracht war. Die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit lagen bei Bergbau, Salz- und Torfgewinnung, Hüttenwerken, Maschinen- und Gussfabrikation. Sie war die Nachfolgerin der Generaldirektion der Berg-, Hütten- und Salzwerke, die ihrerseits aus der General-Bergwerks- und Salinen-Administration, der zentralen Leitung und Verwaltung der staatlichen Betriebe, sowie dem Oberbergamt, das die Aufsicht über die nichtstaatlich geführten Betriebe hatte, entstanden war.

Die generell schwierige Situation im Bergbau, die veränderten Strukturbedingungen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg führten trotz großer Einzelinvestitionen und staatlicher Stützungsmaßnahmen zu Werksschließungen und den damit verbundenen Massenentlassungen. 1991 schließlich verkaufte der Staat die BHS an die SKW Trostberg.

An den Akten kann nicht nur die Geschäftstätigkeit der BHS im engeren Sinn verfolgt werden, sondern auch die der zu ihr gehörenden Hütten und Werke: die Bergwerke Peißenberg und Stockheim, die Luitpoldhütte in Amberg, die Maximilianshütte in Bergen, das Berg- und Hüttenwerk Bodenmais, die Hüttenwerke Bodenwöhr, Obereichstätt, Sonthofen und Weiherhammer, die Salinen in Berchtesgaden, Bad Reichenhall und Rosenheim.



Blick in den Schaltraum des 40 MW-Blockkraftwerks Peißenberg, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MF 26, vorl. Nr. 204

Zusätzlich sind eine Reihe der privat geführten und unter der Aufsicht der BHS stehenden Gewerkschaften, Hüttenwerke und verarbeitenden Industrien im Bestand dokumentiert, wie z.B. die Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg, das Kohlenbergwerk und Kalk- und Zementfabrik Marienstein, die Braunkohle-Industrie AG in Schwandorf, die Eisensteinzeche „Kleiner Johannes“ in Pegnitz, die Vereinigte Flußspatgruben GmbH in Stulln oder die Oberbayerische Kohlenbergbau AG in München.

Der zeitliche Rahmen erstreckt sich vom späten 19. Jahrhundert bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts. Einen Schwerpunkt bilden Vorgänge aus den 1930er bis 1960er Jahren, so dass vor allem die Nachkriegsgeschichte von diesem Bestand profitieren kann: Kohlenbergbau und Schwerindustrie in Bayern, Salinenwesen, die Aufschließung von Bodenschätzen, Torfgewinnung, die Nymphenburger Porzellanmanufaktur, Unfallverhütung, Rohstoffknappheit und Verwaltung der Mangelwirtschaft im Zweiten Weltkrieg, Arbeitskämpfe, die Rolle der Gewerkschaften, innerdeutsche Konflikte, der Aufbau einer flächendeckenden Erdgasversorgung, der Einfluss der Großindustrie, wie etwa des Flick-Konzerns, auf bayerische Betriebe, die Stahlindustrie im Nachkriegsdeutschland, Stützungsmaßnahmen für den bayerischen Bergbau, die Anfänge der Atomindustrie, aber auch der Kampf kleiner Betriebe um den Erhalt – dies ist nur ein Ausschnitt aus der Themenfülle, die mit Hilfe dieses Be-

standes erforscht werden kann. Geschäftsberichte, Bilanzen, Gutachten, Prüfberichte, Sitzungsprotokolle, dazu Firmenprospekte, Festschriften und Fotografien, geben einen Einblick in die Strukturen und Geschäftsverhältnisse der Betriebe.

Elisabeth Lukas-Götz



Rohstoffzuteilung in der Nachkriegszeit – ein Bogen Eisenmarken, gültig bis zum 31. Dezember 1949, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MF 26, vorl. Nr. 74

Bestand „Bayerische Oberste Baubehörde Fotos“ neu verzeichnet

Im 19. Jahrhundert begann in Bayern ein Zeitabschnitt gesteigerter Bauaktivität des Staates. Großprojekte für zentrale Landesbehörden, Museen und andere monumentale Vorhaben standen zum Teil unter der persönlichen Schirmherrschaft der damaligen bayerischen Monarchen, wie Ludwig I., Maximilian II. oder des Prinzregenten Luitpold. Auch zahlreiche kleinere Staatsgebäude wurden neu erbaut, wie Gerichtsgebäude, Rentämter oder Forsthäuser, teilweise wurden aber auch Schlösser, ehemalige Klöster oder andere ältere Gebäude für diese Zwecke umgestaltet. Zur bautechnischen Durchdringung ganz Bayerns gehörten schließlich auch noch die Modernisierung des

Straßennetzes sowie die Gestaltung und Nutzbarmachung von Flüssen und Kanälen für die Schifffahrt.

Staatlicher Bauherr sowie Koordinierungsstelle war – bis heute als Teil des bayerischen Innenministeriums – die seit 1830 endgültig formierte Bayerische Oberste Baubehörde (OBB), deren erster Leiter Leo von Klenze war.

Die Oberste Baubehörde gab im Jahr 1965 den Hauptanteil ihrer älteren Karten und Pläne ab, und zwar zuerst an die Architektursammlung der Technischen Universität München, von wo aus sie dann zuständigshalber an das Bayerische Hauptstaatsarchiv weitergeleitet wurden. Ebenfalls in das Bayerische Hauptstaatsarchiv gelangte eine Serie von Fotografien (die ältesten Fotos stammen aus dem Ende des 19. Jahrhunderts) verschiedener bayerischer Staatsgebäude sowie von Gebäuden von besonderem historischem, heimatkundlichem oder architektonischem Interesse. Mit zahlreichen Bildern ist auch die seit dem 19. Jahrhundert unentwegte (Neu-)Gestaltung der Landeshauptstadt München dokumentiert. Ergänzt wird die Sammlung durch eine Reihe von Gebäudefotos aus nicht-bayerischen, deutschen Städten, beispielsweise Berlin (Bayerische Gesandtschaft), Dresden (Zwinger), Heidelberg (Schloss), Mainz (Dom), Hannover, Hildesheim, Kassel, Kiel, Lübeck (diverse Baudenkmäler), sowie ausländischen Städten, zum Beispiel Istanbul (Hagia Sophia), Jerusalem (Omar-Moschee) oder Venedig (diverse Baudenkmäler).

Der Bestand „Bayerische Oberste Baubehörde Fotos“ wurde nun im ersten Halbjahr 2011 komplett überarbeitet. Das neue Findbuch über die 848 Archivalien zeichnet sich durch ein vollständig aktualisiertes Orts-, Sach- und Personenregister aus.

Neu zum Bestand kam der „Nachlass“ des Münchner Oberregierungsrates Friedrich Gablonsky aus der Zeit des Nationalsozialismus. Gablonsky leitete ab 1934 die von Adolf Hitler forcierte Planungsabteilung der OBB zur Umgestaltung der „Hauptstadt der Bewegung“. Die Bayerische Oberste Baubehörde hatte hingegen bereits seit 1932 erhebliche Kompetenzverluste hinnehmen müssen. Welchen Stellenwert die Nationalsozialisten grundsätzlich dem Bauen beimessen, geht sehr gut aus der Denkschrift „Bayern im ersten Vierjahresplan“ von 1937 hervor, in der es unter anderem heißt: „Geschichtsepochen finden ihren sichtbarsten und bleibenden Ausdruck in Bauten der Staaten, die auch im übrigen der Epoche Inhalt und Bedeutung geben.“

Gablonsky war an zahlreichen Neubauten in München beteiligt, unter anderem am Haus der Deutschen Kunst, dem Reichsbankneubau (ehemaliges Herzog-

Max-Palais) oder dem bayerischen Zentrallandesregierungsgebäude. Zudem lieferte er Neubauvorschläge für das Münchner Karlstor sowie das Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Zu allen Projekten finden sich Fotografien im Bestand OBB Fotos. Besonders interessant ist ein Album mit 190 Fotografien von den Abbrucharbeiten im Rahmen des Neubaus des bayerischen Zentralministeriums: Das Gebäude dient heute als Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ab 1937 hat sich das Stadtbild an der Von-der-Tann-, Ludwig- und Galeriestraße stark verändert,



Verbreiterung der Von-der-Tann-Straße, 21. Mai 1937
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, OBB Fotos 8143

bereits im Februar diesen Jahres begann man mit ersten Arbeiten zur Verbreiterung der Von-der-Tann-Straße. Daraus und durch die Erneuerung und Erweiterung des Prinz-Carl-Palais resultierte eine großzügige städtebauliche Neugestaltung. Bereits im Mai 1937 mussten das Reichsbankhauptgebäude sowie das ehemalige Finanzministerium dem Neubau des Zentralministeriums weichen, wozu unter anderem mehrere Sprengungen erforderlich waren.

Stefan Seidl



Abbruch der Gebäude an der Ludwigstraße zwischen Von-der-Tann- und Galeriestraße, im Hintergrund: Neues Rathaus, Feldherrnhalle und Theatinerkirche, 21. Mai 1937
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, OBB Fotos 8143

Neuverzeichnung des Familienarchivs Leuchtenberg

Das Familienarchiv Leuchtenberg im Bayerischen Hauptstaatsarchiv gehört zu den herausragenden Beständen der Abteilung V Nachlässe und Sammlungen. Seine Bestände haben auch internationale Bedeutung, sie umfassen den Zeitraum von der Französischen Revolution bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Hintergrund für seine Entstehung ist dieser: Um das 1805 geschlossene Bündnis zwischen dem napoleonischen Frankreich und Bayern zu festigen und seine Familie mit dem europäischen Hochadel zu verbinden, bahnte Kaiser Napoleon I. die eheliche Verbindung seines Stiefsohnes Eugène de Beauharnais (später Herzog Eugen von Leuchtenberg) mit der bayerischen Prinzessin Auguste Amalie an.

Das Archiv umfasst in erster Linie familiengeschichtliche Unterlagen von Herzog Eugen und dessen Gemahlin sowie, in geringerem Umfang, von deren Kindern Josephine, Eugenie, August, Amelie, Theodolinde, Carolina Clothilde und Maximilian. Darüber hinaus finden sich Unterlagen zu Herzog Nikolaus (Sohn von Herzog Maximilian) sowie dessen Sohn Georg. Durch Ankäufe bei Auktionen gelangten auch zahlreiche an Kaiserin Joséphine von Frankreich, der Mutter Eugens, gerichtete Briefe in den Bestand. Daneben enthält das Archiv breit gestreutes Schriftgut über das Vermögen der Familie, darunter besitzgeschichtliche Unterlagen über die Liegenschaften in Italien und Frankreich. Erwähnenswert sind auch die Karten und Bilder, unter denen sich handgezeichnete Schlachtenpläne und zum Teil kolorierte geologische und physikalische Karten Mittel- und Südamerikas (Kupferstichtafeln) von Alexander von Humboldts Forschungsreise von 1799 bis 1804 befinden.

Zum Erwerb ist zu sagen: Herzog Dimitrij, Sohn des 1929 verstorbenen Herzogs Georg von Leuchtenberg, übergab 1934 Teile des Familienarchivs an Prinz Adalbert von Bayern. Diese sogenannte Leuchtenberg-Kiste war während des Zweiten Weltkrieges nach Schloss Hohenschwangau ausgelagert und wurde 1956 dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv unter Eigentumsvorbehalt übergeben. Dimitrij, der in den 1930er Jahren nach Kanada ausgewandert war, verunglückte 1972 tödlich. Seine Witwe Katharina führte daraufhin mit dem Geheimen Hausarchiv und der Bayerischen Staatsbibliothek Verhandlungen über den noch in ihrem Besitz befindlichen Teil der leuchtenbergischen Familienunterlagen. Die Bayerische Staatsbibliothek konnte diesen sogenannten kanadischen Bestand erwerben und auch den Depotbestand aus dem Geheimen Hausarchiv ankaufen. 1977 wurde aus diesen Bestandteilen der Bestand „Leuchten-

berg-Archiv“ begründet und um zahlreiche weitere Briefe ergänzt, die später auf Auktionen ersteigert werden konnten. Diese Zusammenführung der verstreuten leuchtenbergischen Bestände in der Bayerischen Staatsbibliothek bildete die Grundlage für einen innerbehördlichen Beständetausch: Die Staatsbibliothek übergab 1992 das „Leuchtenberg-Archiv“ an die Abteilung V des Bayerischen Hauptstaatsarchivs im Tausch gegen den im Staatsarchiv München verwahrten Nachlassteil von Franz Graf von Pocci.

Das Familienarchiv Leuchtenberg wurde ab 1994 nach erwerbungsorientierten Gesichtspunkten erschlossen. Es wurde in drei große Komplexe gegliedert, die jeweils für sich verzeichnet wurden und nur durch eine fortlaufende Nummerierung verbunden waren. Diese drei Bestandteile („Ehemaliger Bestand des Geheimen Hausarchivs“, „Ehemaliger Bestand der Bayerischen Staatsbibliothek“, „Neuerwerbung 1992“) überschneiden sich allerdings häufig inhaltlich. So fanden sich immer wieder Unterlagen derselben Personen in allen drei Teilen. Dieser unbefriedigende Zustand wurde durch die späteren Zuwächse verschärft.

Bei der jetzigen Verzeichnung werden die drei Komplexe aufgelöst und in einer neuen Ordnung zusammengeführt. Entsprechend der üblichen Bearbeitung von Familienarchiven wird die Gliederung nach Personen in generationsbezogener und chronologischer Weise sowie nach Verwaltungsschriftgut vorgenommen. Das persönliche Schriftgut der einzelnen Familienmitglieder wird provenienzzugewiesen. Im Anschluss an die Unterlagen der einzelnen Personen folgen das nach inhaltlichen und chronologischen Gesichtspunkten gegliederte Verwaltungsschriftgut sowie die Bilder und Karten.

Statt der bisherigen 412 Nummern umfasst das neu verzeichnete Familienarchiv nunmehr 550 Archivalien (9,40 lfm). Die Verbindung mit der früheren Verzeichnung wird durch die Angabe der „Altsignatur“ (= Signatur der Verzeichnung von 1994) in einer Konkordanz hergestellt, die den Zusammenhang mit den bisherigen Forschungsnachweisen aufrecht erhält.

Josef Anker

Nachlass von Georg Escherich neu verzeichnet

Dr. Georg Escherich (1870 in Schwandorf – 1941 in München) war ein deutscher Forstmann und Politiker.

Nach dem Studium der Forstwirtschaft leistete er einen einjährigen Assistentendienst im Forstamt Neureichenau ab und unterrichtete fünf Jahre an der

Waldbauschule in Kaufbeuren. In dieser Zeit unternahm er Jagd- und Forschungsreisen, die ihn auch nach Bosnien-Herzegowina, Abessinien und Äthiopien führten. Während dieser Reisen wurde Escherich durch seine erfolgreichen Projekte – wie den Entwurf eines Forstgesetzes für Äthiopien oder die Erkundung eines neuen Weges zum Rudolfsee – bekannt.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges zog er als Hauptmann und Batterieführer an die Westfront, wurde dort schon bald am Bein verwundet und somit frontdienstuntauglich. 1915 übernahm er im Rahmen der deutschen Besatzungsverwaltung die Leitung der Militärforstbehörde Bialowies in Ostpolen, wo er zahlreiche fachliche Reformen durchführte. Nach

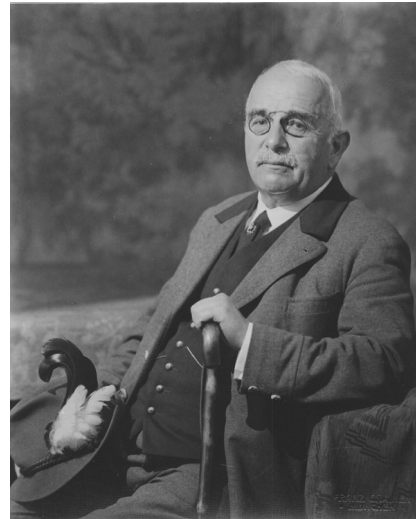


Feldbahnbau in der Forstinspektion Bialowies im November 1917, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, NL Escherich 39
(Foto: Bild- und Film-Amt Berlin)



Russische Gefangene beim Abendgebet im Gefangenenlager Grudki im November 1917, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, NL Escherich 39 (Foto: Bild- und Film-Amt Berlin)

dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde der inzwischen zum Oberst und Forstrat beförderte Escherich mit der Leitung des bayerischen Forstamtes Isen betraut.



Dr. Georg Escherich
1931,
Bayerisches
Hauptstaatsarchiv,
NL Escherich 44
(Foto: Franz Grai-
ner, München)

Georg Escherich wurde nicht nur als Forstmann und Jäger mit zahlreichen Publikationen bekannt, sondern auch durch seine politischen Aktivitäten. Im Zuge der revolutionären Unruhen entstanden auf der Basis des Erlasses von Reichswehrminister Gustav Noske im ganzen Reich bürgerliche Selbstschutzorganisationen. Der mittlerweile politisch engagierte Forstrat gründete mit Unterstützung von General Ritter von Epp und Hauptmann Ernst Röhm am 9. Mai 1920 in Regensburg aus Einwohnerwehren die Organisation Escherich, Orgesch genannt, und übernahm deren Vorsitz als Reichshauptmann. Die rechtsorientierte, paramilitärische Organisation verfügte über Waffen, Kontakte und Logistik. Auf dem Höhepunkt ihres Einflusses hatte die Orgesch auf Reichsebene etwa eine Million Mitglieder. Nach ihrem endgültigen Verbot 1921 zerfiel sie in verschiedene kleinere Gruppierungen.

Der konservativ und monarchistisch eingestellte Escherich, der auch BVP-Mitglied war, stellte sich anlässlich des Hitlerputsches 1923 gegen die Nationalsozialisten. 1928 gründete er den „Bayerischen Heimatschutz“ als Konkurrenz zum Stahlhelm. Außerdem unterstützte er die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten mit großem Einsatz.

Nach Hitlers Machtergreifung 1933 musste sich der „Bayerische Heimatschutz“ entwaffnen und selbst auflösen. Wegen seiner Kriegsverletzung war Escherich 1931 vorzeitig pensioniert worden, er zog sich nach Isen zurück. 1941 starb er nach kurzem Herzleiden in München.

Der Nachlass mit 102 Nummern enthält u.a. sorgfältig geführte Tagebücher (Abgaben des Bundesarchivs) sowie umfangreiche Korrespondenzen von wichtigen Personen des Zeitgeschehens und Presseauschnitte. Nun erfolgten eine Neuverzeichnung und die Eingabe in FAUST.

Sandra Karmann

Übernahme des Nachlasses von Sepp Daxenberger

Der frühe Tod des Grünen-Politikers Sepp Daxenberger (10.4.1962–18.8.2010) löste bayernweit Betroffenheit und Anteilnahme aus, die noch dadurch gesteigert wurde, dass die Ehefrau Daxenbergers unmittelbar vor ihm verstarb. Die drei Söhne des Ehepaares, Felix, Kilian und Benedikt, übergaben am 18. Februar 2011 den schriftlichen Nachlass ihres Vaters dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv. An den Übergabeverhandlungen, die auf dem Bauernhof der Familie in Nirnharting bei Waging stattfanden, waren maßgeblich die Mutter Daxenbergers und eine ehemalige Mitarbeiterin des Politikers im Bayerischen Landtag beteiligt.

Sepp Daxenberger hatte eine Ausbildung als Schmied absolviert und in jungen Jahren den Bauernhof der Familie in Nirnharting übernommen, den er später zu einem Biobauernhof umwandelte.

Den Grünen gehörte Daxenberger seit den 1980er Jahren an. 1990 zog er 28-jährig als Abgeordneter in den Bayerischen Landtag ein und übernahm in der Fraktion die Funktion des agrar- und jugendpolitischen Sprechers. 1996 kehrte er der Landespolitik den Rücken und wurde Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Waging am See – der erste hauptamtliche grüne Bürgermeister in Bayern. Von 2002 bis 2008 war Daxenberger Landesvorsitzender der Grünen. Obwohl er aufgrund einer Erkrankung seine politische Tätigkeit immer wieder unterbrechen musste, wurde er 2006 fast einstimmig als Landesvorsitzender bestätigt. Bei den Landtagswahlen 2008 erreichte er das beste Wahlergebnis, das die Grünen in Bayern bisher erzielt hatten. Er legte das Bürgermeisteramt in Waging nieder und wurde zusammen mit Margarete

Übernahme und Verzeichnung des Bestandes „Bayerischer Gemeindetag“

Der Bayerische Gemeindetag, gegründet 1912 und seit 1954 Körperschaft des öffentlichen Rechts, vertritt zusammen mit den beiden anderen kommunalen Spitzenverbänden, nämlich dem Bayerischen Städtetag und dem Bayerischen Landkreistag, die Interessen der Gemeinden und Landkreise in Bayern. Die dritte kommunale Gebietskörperschaft, die Bezirke, wird durch den Verband der Bezirke repräsentiert.

Die Organisationsstruktur der Spitzenverbände ist sehr ähnlich. Dem Präsidium (bzw. dem Vorstand) untersteht eine Geschäftsstelle, alle Verbandsmitglieder treffen sich in der Regel einmal jährlich. Präsident, Vizepräsident und Landesschatzmeister werden



Sepp Daxenberger, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, NL Daxenberger vorl. Nr. 32

Bause Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag. Im Juni 2010 trat er dann krankheitsbedingt von diesem Amt zurück.

Die von der Familie Daxenberger übergebenen Unterlagen umfassen vorwiegend Briefwechsel und Manuskripte, Dokumente der Schul- und Berufsausbildung, Fotos, Wahlkampfunterlagen und Presseberichte. Aus dem Rathaus in Waging wurden noch weitere persönliche Unterlagen aus seiner Parteiarbeit übernommen. Der Nachlass ist bis 2020 für die Benützung gesperrt.

Sylvia Krauß

von der Landesversammlung gewählt. Der Bayerische Gemeindetag ist darüber hinaus in Bezirks- und Kreisverbände untergliedert. Neben der Unterstützung der Gemeinden durch Rechtsberatung, Information, Gutachten und Fortbildungsangebote setzt sich der Bayerische Gemeindetag für kommunale Belange gegenüber gesetzgebenden Körperschaften und Verwaltungsbehörden ein. Bis zur Abschaffung des Bayerischen Senats entsandte der Gemeindetag zwei Vertreter in dieses Gremium. Auch in anderen Gremien und Dachverbänden, wie Rundfunkrat, Landespersonalausschuss, Deutscher Städte- und Gemeindebund, ist der Gemeindetag vertreten. Der Bayerische Gemeindetag ist unter anderem Träger bzw. Mitträger der Kommunalwerkstatt und von IPSE (Service GmbH des Bayerischen Gemeinde-

tags für Kommunen) sowie der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) und des Europabüros der bayerischen Kommunen in Brüssel. Alle zwei Jahre veranstaltet der Gemeindetag den Kommunalkongress „Kommunale“.

Das 2012 anstehende 100jährige Verbandsjubiläum nahm der Bayerische Gemeindetag zum Anlass, seine Altregistratur im Hinblick auf archivreife Unterlagen zu sichten. Nach Abschluss einer Archivierungsvereinbarung mit dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv wurden schließlich jene Unterlagen ausgewählt, die von Inhalt und Themenspektrum her für dauerhaft aufbewahrungswürdig erschienen. Ordnung, Erschließung, Verzeichnung und konservatorisch sichernde Verpackung erfolgten von Mai bis September 2011 im Hauptstaatsarchiv, wobei die notwendigen Personalmittel vom Bayerischen Gemeindetag zur Verfügung gestellt wurden. Arbeitsplatz und Sachmittel stellte das Bayerische Hauptstaatsarchiv.

Die Laufzeit der 2011 übergebenen Unterlagen erstreckt sich von 1912 bis 2008, wobei der zeitliche Schwerpunkt eindeutig in der Zeit nach 1965 liegt. Eine Auswahl älterer Unterlagen aus den Jahren 1947 bis 1959 wurde bereits 1979 an das Hauptstaatsarchiv abgegeben.

Bei den jetzt übernommenen Aktengruppen wurde zwischen den nach Gemeindenamen bzw. Zweckverbänden abgelegten sehr umfangreichen „Gemeindeakten“, die rechtliche Anfragen der Gemeinden an den Gemeindetag enthalten, und reinen Sach- bzw. Verwaltungsakten der Geschäftsstelle unterschieden. Aus den mengenmäßig sehr umfangreichen Gemeindeakten (ca. 3200 Leitz-Ordner mit Anfragen der Gemeinden, ca. 72 Leitz-Ordner mit Anfragen der Zweckverbände) wurde eine Musterüberlieferung gebildet. Pro Regierungsbezirk wurden zwei Gemeinden und zwei Zweckverbände ausgewählt. Bei der Beantwortung von Gemeindeanfragen handelt es sich um eine Kerntätigkeit des Gemeindetages, weshalb es sinnvoll erschien, zumindest eine Auswahl zu archivieren. Gleichzeitig sollte die Gegenüberlieferung in den Gemeindearchiven vorliegen, eine Übernahme einer größeren Menge oder gar des Gesamtvolumens schien daher nicht angeraten.

An weiteren Akten wurden die Unterlagen zu den Gremien und Organen des Verbandes (Landesversammlung, Landesausschuss, Vorstand/ Präsidium) sowie zu den Kreis- und Bezirksverbänden übernommen. Darüber hinaus wurden weitere Unterlagen sachthematisch ausgewählt (u.a. Gebietsreform, Baupolitik, Klima- und Wasserpolitik, Verbraucherschutz, Bürgerbegehren und -entscheide). Bei der archivischen Bewertung konnte die Beratung des

Referenten des Gemeindetages, der unter anderem für Öffentlichkeits- und Pressearbeit sowie für Verwaltungsfragen zuständig ist, in Anspruch genommen werden. Neben den Publikationen des Gemeindetages wurden auch Unterlagen übernommen, die Kontakte zu anderen Verbänden, Dachverbänden, Organisationen und Gremien dokumentieren oder die wesentliche Informationen zu Institutionen liefern, die vom Gemeindetag mitgetragen werden (u.a. Europabüro, AKDB). Der Bestand „Bayerischer Gemeindetag“ umfasst – ohne die 1979 übernommenen Unterlagen – derzeit 277 Archivalieneinheiten (ca. 15 laufende Regalmeter).

Laura Scherr

Neues aus dem Sudetendeutschen Archiv

Neuzugänge

Der Nachlass von *Siegfried Knirsch* ging im September 2011 an das Sudetendeutsche Archiv über. Er wurde 1899 in Mährisch-Neustadt im Kreis Sternberg geboren und absolvierte eine Ausbildung zum Lehrer. Diesen Beruf übte er Zeit seines Lebens aus, zunächst in Troppau und seinem Heimatort, nach der Vertreibung in Reit im Winkl, Traunreut und Schongau. In dieser Eigenschaft erwarb er sich große Verdienste bei der Integration von heimatvertriebenen Jugendlichen in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Jugendring.



Siegfried Knirsch an der Tafel bei der 1. Singwoche 1947
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Sudetendeutsches Archiv,
NL Knirsch 13

Dies gelang ihm durch die Etablierung von Singkreisen und Musikgruppen. Schon ab 1947 veranstaltete er Sommer- und Winter-Singwochen in der näheren Umgebung, die bald weit darüber hinaus bekannt wurden. Es waren viele Lehrer, und damit Multiplikatoren, die daran teilnahmen und so wurde eine richtige Bewegung daraus, die in der Gründung der Sudetendeutschen Junglehrerschaft einerseits und dem Arbeitskreis zur Erhaltung heimatlichen Kulturgutes im Chiemgau e.V. andererseits gipfelte. Siegfried Knirsch verstarb am 23. November 1963. Die Gemeinde Traunreut ehrte 2007 ihren verdienstvollen Bürger durch die Benennung eines Weges.

Der Nachlass enthält persönliche Dokumente und zahlreiche Korrespondenzen sowie Liederbücher und Rollenbücher von Laienspielen. Spitzenstücke sind die großformatigen Poster aus Packpapier mit Liedtexten, einfachen Vorläufern der heutigen Teleprompter. Der Nachlass umfasst 1,2 laufende Regalmeter, ein Repertorium liegt vor.

Ingrid Sauer

Im September 2011 wurde die Sammlung *Dr. Fritz Wittmann* übernommen. Geboren 1933 in Plan bei Marienbad, lebt Wittmann heute in München. Er wuchs nach der Vertreibung in Ingolstadt auf und studierte in München Jura. Nach einer Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Völkerrecht an der Universität München wurde er 1961 Richter am Landgericht und promovierte 1964. Er war persönlicher Referent der Minister Richard Jäger und Gustav Heinemann im Bundesjustizministerium. 1967 wechselte er in das Bayerische Sozialministerium und leitete im Bereich „Führungshilfen“ den Planungsstab für Vertriebenenfragen.



1956–1959 schon Landessekretär der Jungen Union (JU), war er 1957–1958 Landesvorsitzender des RCDS in Bayern. 1971 bis 1994 und August 1996 bis Oktober 1998 war er für die CSU Mitglied des Deutschen Bundestages, darin u.a. Mitglied des Rechts-, Innen- und Auswärtigen Ausschusses sowie 1991 bis 1994 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses.

Sein Arbeitsschwerpunkt war stets die Vertriebenenpolitik, und so nimmt es nicht Wunder, dass er

darüber hinaus in der Sudetendeutschen Landsmannschaft stark eingebunden war, so als stellvertretender Vorsitzender und vor allem Gründervater und langjähriger Vorstandsvorsitzender der Sudetendeutschen Stiftung. Ebenso war er 1994–1998 Präsident des Bundes der Vertriebenen und Vorsitzender von dessen bayerischem Landesverband.

Seine Sammlung umfasst zahlreiche Unterlagen zur Gründung der Sudetendeutschen Stiftung und deren Vorgeschichte (z.B. das Westvermögensabwicklungsgesetz, Rechtsträgerabwicklungsgesetz etc.), der deutsch-tschechischen Erklärung, den Vereinten Nationen, den Verhandlungen um den Egerer Stadtwald, der Kirchenrenovierung in Kuttenplan und seine Tätigkeit in der Sudetendeutschen Landsmannschaft und dem Bund der Vertriebenen. Der große Umfang von ca. 10 laufenden Regalmetern spiegelt die Bedeutung dieses „prägenden Schaffenden“ in der Vertriebenenpolitik.

Ingrid Sauer

Akten des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen im Sudetendeutschen Archiv verzeichnet

Der Hauptausschuss der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern war am 11. Juli 1946 auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung als direkte Vertretung der Flüchtlinge und Vertriebenen ins Leben gerufen worden. Bis zur Einstellung der Beratungstätigkeit des Ausschusses und seiner Referate im Jahr 1973 fielen große Mengen an Akten und Dokumentationsmaterialien an. Diese und damit wichtige Belege zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern wären beinahe verloren gegangen. Wie von ehemaligen Verantwortlichen für den Hauptausschuss und früheren Mitarbeitern des Sudetendeutschen Archivs zu erfahren war, seien die Akten bereits zur Vernichtung vorgesehen gewesen. Über Umwege gelangte in den 1970er Jahren ein Großteil der Akten in das Sudetendeutsche Archiv, wo sie damals allerdings nicht geordnet und verzeichnet werden konnten. Ein Verlust wäre umso bedauerlicher gewesen, als die Tätigkeit des Hauptausschusses sonst kaum dokumentiert ist.

Der Ausschuss hatte vor allem die Aufgabe, die Flüchtlingsverwaltung in Bayern zu koordinieren, die bayerische Staatsregierung in Flüchtlingsfragen zu beraten und die Interessen der Flüchtlinge und Vertriebenen zu vertreten. Er unterstand als überparteiliche, weitgehend selbständige Einrichtung dem Sekretariat für das Flüchtlingswesen, das seinerseits

zunächst beim Bayerischen Staatsministerium des Innern angesiedelt war. Als Staatssekretär Walter Stain 1954 zum bayerischen Arbeitsminister berufen wurde, wurde das Sekretariat für das Flüchtlingswesen dann dem Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge eingegliedert.

In den zwar lückenhaften, aber doch wohl den gesamten Geschäftsbereich des Hauptausschusses abdeckenden Aktenserien befinden sich neben Korrespondenzen und Sitzungsprotokollen zahlreiche Erlasse, Weisungen, Fragebögen, Rundschreiben und Handreichungen sowie Sammlungen von Gesetzestexten und Zeitungsartikeln. Die Akten wurden in der Geschäftsführung angelegt und in den ersten Jahren zunächst nach einem Aktenplan abgelegt. Der im Herbst 1951 als Geschäftsführer ausgeschiedene Roman Herlinger war – wie auch die beiden damaligen Vorsitzenden des Hauptausschusses, der aus Nordböhmen gekommene Hans Schütz und der Schlesier Willibald Mücke – daneben in verschiedenen Vertriebenenverbänden und politischen Einrichtungen aktiv. Er trat zusammen mit den Vertriebenenfunktionären und den Vorsitzenden der Landsmannschaften auch als Unterzeichner der am 5. August 1950 in Stuttgart der Öffentlichkeit vorgestellten Charta der deutschen Heimatvertriebenen hervor. Herlinger engagierte sich auch im Zentralverband der vertriebenen Deutschen (ZvD) in Bonn.

Der Geschäftsführer hatte neben der Organisation der Sitzungen des aus 15 Mitgliedern bestehenden Hauptausschusses vor allem die Arbeit der mit Versorgungs-, Integrations-, Ansiedlungs- und Aufbaufragen befassten Referate zu leiten und Arbeitsausschüsse für die einzelnen Sachgebiete einzurichten. Über den Hauptausschuss liefen beispielsweise sämtliche Anträge für die in vielen Orten in Bayern angelegten Klein- und Nebenerwerbssiedlerstellen. Auch die Kreditgewährung an wieder- und neugegründete Betriebe wurde von Referenten des Hauptausschusses begutachtet, wobei der Wirtschafts- und Finanzfachmann Anton Kiesewetter eine wichtige Rolle spielte. In ganz Bayern wurden regelmäßig sogenannte Sprechtagge abgehalten. Vielfältige Fragen ergaben sich vor allem im Zusammenhang mit der Lastenausgleichsregelung. Die Beratungstätigkeit machte es erforderlich, umfangreiche Dokumentationen und Sammlungen von Gesetzestexten, Ausführungsbestimmungen und Zeitungsausschnitten anzulegen. Nicht zuletzt war der Hauptausschuss an der Landesplanung und an der Gründung neuer Industriestandorte beteiligt, so gab er auch Gutachten zur Anlage der Vertriebenengemeinden Neugablonz, Waldkraiburg, Traunreut und Geretsried ab.

Die Ablagen der Arbeitsausschüsse, die Ende der 1940er Jahre vor allem nach Berufssparten eingerichtet worden waren, kamen mit deren Auflösung meist an den Hauptausschuss. Sie sind nur teilweise erhalten. Der 1952 als eingetragener Verein organisierte Arbeitsausschuss „Sozialversicherung“ hatte über die Münchner Außenstelle der tschechoslowakischen Militärmission in West-Berlin Beziehungen nach Prag aufgenommen und konnte so seit 1949 bis zu seiner Auflösung 1998 von dort die Rentenversicherungsunterlagen für die nach Westdeutschland gelangten Vertriebenen aus der Tschechoslowakei beschaffen. Die Akten und Protokollbände dieses Arbeitsausschusses konnten nachträglich für das Sudetendeutsche Archiv erworben werden.

Seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre verlor der Hauptausschuss immer mehr an Bedeutung, zumal die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen schnell vorangeschritten war und mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland große Teile der Gesetzgebung von den Ländern auf den Bund übergegangen waren. Zum 30. September 1973 wurde die Geschäftsstelle des Hauptausschusses geschlossen; im Jahr 2007 wurde der Hauptausschuss dann endgültig aufgelöst und seine Kompetenzen dem Bund der Vertriebenen (BdV) überwiesen. Im Zusammenhang mit der Auflösung der Geschäftsführung des Hauptausschusses gerieten die Akten in Unordnung und gingen teilweise verloren.

Bei der Gliederung der Akten und Dokumentationen, die thematisch sämtliche Aspekte der Flüchtlingsproblematik abdecken, erwies es sich als sinnvoll, die Strukturierung und die Tätigkeitsfelder des Hauptausschusses als Maßstab anzunehmen. Der nur anfangs befolgte Aktenplan konnte dabei nur ansatzweise berücksichtigt werden. Eigenständig greifbare Aktenbereiche oder auch persönliche Handunterlagen, wie beispielsweise die des auch in der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung maßgeblich tätig gewesen Anton Kiesewetter, sind auch eigens aufgeführt. Besonders herausgestellt sind Akten, die den politischen und landesplanerischen Entscheidungsprozess Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre beleuchten.

Die Akten des Bestandes „Hauptausschuss der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern“ geben außerhalb der Überlieferung der staatlichen Verwaltung Einblick in die Vertriebenenproblematik. In seinen Akten sind in besonderer Weise Entscheidungsprozesse und Aktivitäten dokumentiert, durch die im Wesentlichen die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern in die Wege geleitet wurde. Der an sich lückenhafte, nun aber über 950 Nummern

umfassende Bestand ist systematisch erschlossen und bestens für die wissenschaftliche Benutzung geeignet.

Helmut Demattio

Staatsarchiv München

Planwirtschaft in Oberbayern und Schwaben während des Dritten Reichs

Im Rahmen des Vierjahresplanes wurde die deutsche Wirtschaft seit 1934 zunehmend den Bedürfnissen der Aufrüstung angepasst. Darüber hinaus war die Führung des Dritten Reiches bemüht, eine weitgehende Unabhängigkeit von ausländischen Importen zu erreichen, woraus eine Art Planwirtschaft entstand.

27. August 1939 (seit 1941 Landeswirtschaftsamt München) ihren Höhepunkt. Dieses Amt, das geographisch an den Grenzen des Münchner Wehrkreises VII ausgerichtet war, umfasste als Sprengel die Regierungsbezirke Oberbayern und Schwaben. Es fungierte als eigenständige Mittelbehörde innerhalb der gewerblichen Wirtschaft und war sowohl für Zuteilung von Rohstoffen, Transportmitteln, Energie und Kohle, aber auch für die Organisation des Arbeitseinsatzes zuständig. Das als Außenstelle des Bezirkswirtschaftsamtes eingerichtete Lagerwirtschaftsamt war wiederum für die Versorgung der zivilen Bau- und Werksarbeiter mit Lebensmitteln, für den Unterhalt der Arbeiterunterkünfte und später auch für die in den Münchner Industriebetrieben eingesetzten KZ-Häftlinge und Strafgefangenen verantwortlich.



Sprengel des Landeswirtschaftsamtes München im Jahr 1942 (Oberbayern und Schwaben sind mit schwarzer Farbe umrandet), Staatsarchiv München, Bezirkswirtschaftsamt/Landeswirtschaftsamt München, Nr. 106

den ist. Von Anfang an strebte das nationalsozialistische Deutschland nach politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hegemonie in Europa, zunehmend auch mit planwirtschaftlichen Mitteln. Die staatliche Lenkung der Wirtschaft erreichte schließlich mit der Gründung des Bezirkswirtschaftsamtes München am

Trotz der im Laufe des Krieges immer schwieriger werdenden Rohstofflage gelang es dem Landeswirtschaftsamt München, die Versorgung der Bevölkerung zumindest notdürftig aufrechtzuerhalten. Nach Kriegsende wurde dieses System zunächst beibehalten. Erst mit der Aufhebung der beiden Landeswirtschaftsamter München und Fürth nach der Währungsreform 1948 endete die Phase der Zwangsbewirtschaftung in Bayern.

Im März 2011 wurden die Akten des Landeswirtschaftsamtes München (1939–1945) aus dem Be-

stand „Wirtschaftsministerium“ im Bayerischen Hauptstaatsarchiv provenienztgemäß herausgelöst und an das Staatsarchiv München abgegeben. Der Fonds umfasst 514 Archivalien im Umfang von etwa 13,5 lfm. Einige Akten sind nicht abgegeben worden, weil sie über den 1. November 1945 hinaus geführt wurden. Im Staatsarchiv München wurde die Überlieferung neu strukturiert und verzeichnet.

Für die historische Forschung bietet der Bestand „Bezirkswirtschaftsamt / Landeswirtschaftsamt München“ einen reichhaltigen Fundus. Großen Raum nehmen kriegsbedingte Wirtschaftsmaßnahmen wie Freimachung von Arbeitskräften, z.B. im Bank- oder Gaststättengewerbe ein, aber auch Rationalisierungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie Stilllegung von nicht kriegswichtigen Betrieben. Außerdem spielt die Wiederverwendung von Altmaterial im Rahmen von allgemeinen Sammlungen (z.B. Altkleidersammlungen) eine wichtige Rolle. So lassen sich zahlreiche Akten über die Erfassung und Bewirtschaftung von Schuhen, Heizgeräten, Glas- und Porzellanprodukten usw. finden.

Die Versorgung mit Treibstoff, Kohle und Elektrizität war für das Funktionieren der deutschen Kriegswirtschaft sehr wichtig. Dies fand breiten Niederschlag auch in den Akten. Insbesondere der Verbrauch von Treibstoff war streng rationiert, wovon die genauen Zuteilungslisten an Feuerwehr, Polizei, Wehrmachtsdienststellen und NSDAP-Gliederungen usw. Zeugnis ablegen. Das „Bezirkswirtschaftsamt / Landeswirtschaftsamt München“ pflegte auch enge Kontakte zu vielen unterschiedlichen Industriezweigen. Neben diesen vor allem wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch aufschlussreichen Akten ist auch Überlieferung zu einer Fülle weiterer Themen zu finden, so z.B. zu den Bereichen Presse, Propaganda, Statistik, Spionage und Spionageabwehr. Außerdem werden immer wieder Industrieverlagerungen und wegweisende rüstungswirtschaftliche Aufträge erwähnt. Anlässlich der seit 1943 immer häufiger werdenden alliierten Luftangriffe auf München ist in den Akten auch von Fliegerschäden, Wiederbeschaffung von Maschinen und Material und Luftschutzmaßnahmen die Rede.

Dank der intensiven Erschließung steht der Forschung ein interessanter Bestand zur Verfügung, der genauere Erkenntnisse zur NS-Wirtschaftspolitik und zu NS-Wirtschaftsämtern ermöglicht.

Florian Kislinger, Daniel Rittenauer

Ersatzverfilmung der Akten der Spruchkammer Bad Aibling

Die Abgabe sämtlicher Verfahrensakten der ehemaligen Spruchkammern durch die Amtsgerichte, wo die Unterlagen nach Auflösung der Kammern verwahrt worden waren, im Jahr 2000 an das Staatsarchiv München umfasste auch 2544 Akten der Spruchkammer Bad Aibling. Als einzige wies diese Überlieferung im Umfang von rund 14 lfm massive Schimmelschäden auf, so dass sie nicht im Magazin eingelagert werden konnte. Die Ursache war wohl ein Wasserschaden beim Gericht mit anschließender unsachgemäßer Behandlung sowie ungünstiger Lagerung.

Deshalb wurden die Akten auf einer mit Stretchfolie umwickelten Palette über Jahre hinweg separiert im Anlieferungsbereich zwischengelagert. Angesichts der irreparablen Schäden, die eine Benützung der Akten unmöglich machten, sollten diese einer Ersatzverfilmung unterzogen werden. Darunter versteht man die Verfilmung der Originale, die zuerst durch restauratorische Maßnahmen aufbereitet werden mussten, und deren anschließende Vernichtung, so dass als Ersatz nur noch Mikrofilme vorhanden sind.

Im Jahr 2004 begannen zwei Werkstudentinnen in der Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs mit der groben Reinigung der Akten – eine grundlegende Voraussetzung der geplanten Verfilmung. Innerhalb von vier Wochen konnte ein Drittel bearbeitet werden. Der Rest der Akten lagerte weiterhin in der Anlieferung.

Erst im Jahr 2011 rückten die Akten wieder verstärkt ins Blickfeld. Mitarbeiter des Staatsarchivs München haben die 2544 Akten in nur vier Wochen neu verzeichnet und mit einer Archivsignatur versehen. In diesem Zusammenhang wurden die Akten auch in verschiedene Schadenkategorien eingeteilt, je nachdem ob kein Schaden, ein leichter, mittelschwerer oder schwerer Schaden vorlag. Wegen des Schimmelbefalls vieler Akten wurde überwiegend in Schutzkleidung an der Absaugstation (mikrobiologische Sicherheitswerkbank) im sogenannten Schimmelraum der Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs gearbeitet.

Aufgrund der genauen Analyse der Akten und der festgestellten Schadensklassen konnte die Reinigung und Verfilmung der Unterlagen gezielt ausgeschrieben werden. Im kommenden Jahr wird diese wichtige Überlieferung zur Entnazifizierung im Raum Bad Aibling aus den Jahren 1946 bis 1950 endlich für die Forschung zur Verfügung stehen, allerdings nicht in originaler Form, sondern als Mikrofilm.

Martina Haggemüller

Bestandserhaltung

Konservatorische Behandlung der Amtsbücher und Akten des Klosters Windberg abgeschlossen

Nach der Neuformierung des Bestandes „Kloster Windberg Amtsbücher und Akten“ zu einem provenienzreinen Fonds im Jahr 2008 (s. Nachrichten Nr. 56/2009, S.18) wurden 2009 im Bayerischen Hauptstaatsarchiv die nötigen Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen in Angriff genommen.

Der neu verzeichnete Bestand umfasst 429 Amtsbücher und 55 Akten, die vom frühen 14. Jahrhundert bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts reichen. Bereits bei der Verzeichnung im Rahmen eines Praktikums für Archivreferendare wurden augenfällige Schäden ermittelt und in einer Übersicht zusammengefasst. Dabei zeichnete sich ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Schädigungen des Beschreibstoffes Papier sowie an Heftung und Einbänden ab. Der groben Schadenserfassung durch die Praktikanten folgte eine genaue Sichtung des Bestands durch Mitarbeiter der Restaurierungswerkstatt im Hinblick auf notwendige konservierende und restauratorische Maßnahmen. Die Einteilung in Schadenskategorien ergab folgendes Bild: Bei insgesamt 269 Amtsbüchern und Akten wurden Schäden festgestellt; darunter waren 45 schwere und 94 mittlere Schadensfälle. Separat ermittelt wurden einerseits Schäden an Einband und Heftung, andererseits diverse Papierschäden.

Den eigentlichen Instandsetzungsmaßnahmen an 183 Archivalien ging eine Neuverpackung des kompletten Bestandes voraus. Während das Einlegen in Jurismappen und Schutzkartonagen sowie das Neutektieren vom Archivalienschutzteam erledigt wurden, wurden die Amtsbücher in der Restaurierungswerkstatt elektronisch vermessen. Die Vermessung war Grundlage für die Anfertigung von passgenauen Schutzverpackungen aus säurefreiem Mikrowellkarton (s. Nachrichten Nr. 58/2010, S. 34 f.). Insgesamt erhielten 111 Amtsbücher eine maßangefertigte Schutzverpackung.

Das Schließen von Rissen, die Stabilisierung des Papiers durch Doublierung mit dünnem Japanseidenpapier sowie die Ergänzung von Fehlstellen, meist mit Anfasertechnik, bildete neben der Trockenreinigung den Schwerpunkt der Papierrestaurierung an 89 Archivalien. Insgesamt wurden 5423 Einzelblätter, zum überwiegenden Teil aus Papier, restauriert. Das Anfaserverfahren kam bei 1769 stark verschimmelten, fragilen Blättern zum Einsatz. Ein Amtsbuch mit starkem Tintenfraßschaden wurde exemplarisch mit einem Spezialverfahren durch einen Dienstleister be-

handelt. Dabei wurde zum einen die in der Eisengallus-Tinte vorhandene Säure neutralisiert, zum anderen wurden die schädigenden freien Eisen(II)-Ionen durch Komplexbildner gebunden.

Bei den schadhafte Einbänden genügte in 90 Fällen die Stabilisierung brüchiger und loser Teile. In 54 Fällen waren dagegen aufwändigere Restaurierungsmaßnahmen notwendig. Bei 37 Amtsbüchern mit weit fortgeschrittener Schädigung konnten Heftung oder Einband nicht vollständig erhalten werden; hier war entweder eine Neuheftung oder Neuanfertigung des Einbands unumgänglich. Insgesamt wurden 144 Einbände und Heftungen instandgesetzt. Bei den übrigen Stücken reichte die passive Konservierung aus, zum Beispiel ein Schutzumschlag bei einem deformierten Buchblock oder eine stabile Schutzverpackung.

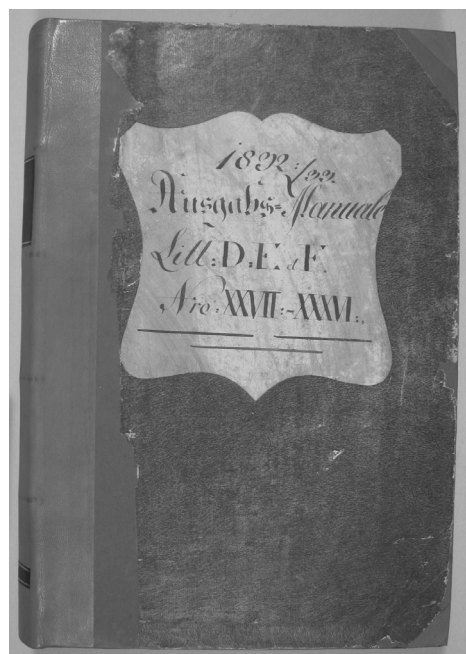
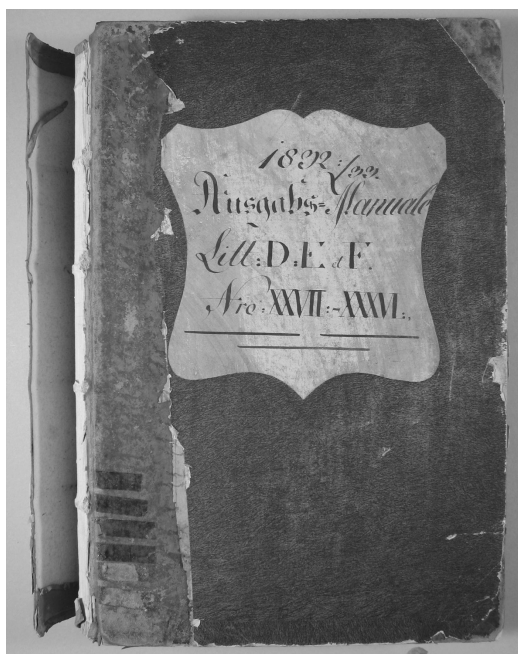
In das systematische Konservierungs- und Restaurierungsprojekt waren zeitgleich mehrere Mitarbeiter der Restaurierungswerkstatt eingebunden. Ende 2010 konnten die Arbeiten weitestgehend abgeschlossen werden. In der Summe wurden dafür ca. 2800 Arbeitsstunden aufgewendet; hinzu kommen noch die Schadenserfassung, Planung und Abwicklung des Projekts. Rückblickend wurden wertvolle Erfahrungen für die Planung, Kalkulation und Durchführung umfangreicher, breit angelegter Bestandserhaltungsmaßnahmen an kompletten Amtsbuch- und Aktenbeständen gewonnen.

Klaus Rieger

Kabinettskassenbücher König Ludwigs I. aus dem Geheimen Hausarchiv restauriert und verfilmt

Die im Jahr 2002 begonnenen, systematischen Restaurierungsarbeiten an den Kassenbüchern der Kabinettskassenverwaltung König Ludwigs I. konnten im Mai dieses Jahres abgeschlossen werden. Bei dem Restaurierungsprojekt wurden insgesamt 37 Halblederbände instand gesetzt. Die Arbeiten waren zunächst in der Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs durchgeführt worden. Ab 2008 standen durch die Umwandlung einer Restauratorenstelle in Sachmittel zusätzliche Gelder zur Verfügung, so dass im Zeitraum von 2008 bis 2011 weitere 30 Bände an eine externe Restaurierungswerkstatt in Auftrag gegeben werden konnten. Die Höhe der dafür verwendeten Sachmittel betrug 17.154 €, dies entspricht durchschnittlichen Kosten für einen Band von 572 €.

Die Serie der Kassenbücher umfasst insgesamt 193 Bände, mit einer Laufzeit von 1810 bis 1868. Die Bücher dokumentieren einen erheblichen Teil der Einnahmen und Ausgaben der Kassenkasse König Ludwigs I., angefangen vom Jahr 1810, als der damalige Kronprinz 24 Jahre alt war, bis zu seinem Tod, wobei der Regierungsantritt 1825 und die Abdankung 1848 jeweils markante Einschnitte im Aufbau der Serien bilden. Nicht alle sind erhalten geblieben, doch haben glücklicherweise diejenigen Serien keine Verluste erlitten, die für die Forschung die wichtigsten sind, nämlich jene über die Ausgaben Ludwigs I. für Bauten und Kunstanschaffungen. Dementsprechend häufig werden die Bände vor allem von Kunsthistorikern benützt.



Das Ausgabemanuale König Ludwigs I. für das Jahr 1832/33, Buchstabe D-F, vor der Restaurierung (links) und danach (rechts) (Fotos: Fa. conrest GbR)

Die meisten der großformatigen, schweren Bände sind Halblederbände, einige sind aber auch als Halbpergament- oder Pappbände gebunden. In das Restaurierungsprojekt wurden nach einer vorher durchgeführten Analyse nur die am stärksten beschädigten Stücke, ausschließlich Halblederbände, einbezogen. Diese Kategorisierung entspricht den Schadensklassen 2 (mittel) und 3 (schwer) im neuen Schadenskatalog der Staatlichen Archive Bayerns.

Die Schadensbilder waren in allen Fällen ähnlich. Das wenig haltbare Einbandleder – vermutlich Schafleder – war meist im Falzbereich eingerissen oder vollständig gebrochen. Die Lederecken waren abgestoßen, das Überzugspapier war ebenfalls an den Kanten abgestoßen und oberflächlich beschabt. Zwar blieben die Buchblöcke weitgehend intakt, die Re-

gisterfahnen aus Pergament waren dagegen teilweise stark verschmutzt und eingerissen.

Aufgrund des stark abgebauten Leders wurde entschieden, Lederrücken und Lederecken zu erneuern. Die Originallederteile wurden durch passend eingefärbtes Ziegen- bzw. Kalbsleder ersetzt, und statt den bisher vorhandenen Papierschildern am Rücken wurden neu geprägte Lederschilder angebracht. Das verwendete Überzugsmaterial in Form von verschiedenen Buntpapieren konnte hingegen durch sichere Maßnahmen im Original erhalten werden. Im Zuge der Instandsetzung wurden ferner die Buchrücken durch neue Rückeneinlagen und Hülsen stabilisiert. Einige wenige Bände mussten wegen loser oder nicht eingebundener Lagen neu geheftet werden.

Eine Trockenreinigung sowie die Festigung weniger, einzelner Blätter und der Registerfahnen ergänzte die Behandlung. Aufgrund des relativ einheitlichen Schadensmusters konnte der Zeitaufwand für die Erstellung von Leistungsverzeichnissen im Vorfeld der Auftragsvergabe gering gehalten werden.

Vor Beginn der auswärtigen Restaurierungsarbeiten wurde der komplette Bestand sicherungsverfilmt – wegen seiner inhaltlichen Bedeutung, aber auch aus Sicherheitsgründen. Die von den Sicherungsfilmen angefertigten Filmduplikate tragen als Schutzfilme dazu bei, die Benutzungsfrequenz der Originalbände künftig zu minimieren.

Die 156 restlichen, weniger stark geschädigten Bände werden durch individuell gefertigte Schutzumschläge aus säurefreiem Archivpapier vor wei-

terer mechanischer Beschädigung geschützt. Diese präventiven Konservierungsmaßnahmen werden, nach entsprechender Einweisung seitens der Restaurierungswerkstatt, von Mitarbeitern der Abt. III des Hauptstaatsarchivs durchgeführt. Sie werden demnächst abgeschlossen sein.

Klaus Rieger

Erstmals Massenentsäuerung von Schriftgut bei den Staatlichen Archiven Bayerns am Beispiel der Münchner Gestapo- und NSDAP-Akten

Die Staatlichen Archive Bayerns haben erstmals zwei kleinere Bestände einer Massenentsäuerung zugeführt. Für diese Premiere war das Staatsarchiv München ausgewählt worden, da es über eine sehr umfangreiche Überlieferung an modernem Archivgut verfügt. Der ins Auge gefasste Musterbestand sollte folgende Kriterien erfüllen: Umfang von rund 12,80 lfm (d.h. etwa 120.000 Einzelblätter), historische Bedeutung, keine gehefteten oder gebundenen Akten, sondern nur Einzelblätter, wenig Metallteile, möglichst heterogene Papierqualität (u.a. Kopien, Transparentpapier etc.), verschiedene Tinten, Stempel(farben) oder Einträge mit Fettstiften usw.

Gemäß diesen Vorgaben hat das Staatsarchiv München für die Entsäuerung den Bestand *Gestapo Leitstelle München* sowie einen Teil der Überlieferung der *NSDAP Gauleitung München Oberbayern* bestimmt. Sämtliche Unterlagen wiesen durch Braunfärbung und verringerte Festigkeit schon deutlich sichtbare Schäden am säurehaltigen Papier auf, wodurch die Blätter spröde und brüchig geworden und teilweise sogar erste Textverluste aufgetreten sind.

Die Behandlung der Akten übernahm die Firma GSK mbH in deren Archivcenter in Dahlwitz-Hoppegarten in Brandenburg. Dabei kam das sogenannte Bückeburger Konservierungsverfahren – BCP, ein wässriges Einzelblattverfahren, zum Einsatz, bei dem das Papier nicht nur entsäuert, sondern zugleich auch verfestigt wird. Zu Beginn des Verfahrens werden die Dokumente gereinigt und in Einzelblätter aufgelöst, wobei Metallteile und Klebungen entfernt werden. Anschließend erfolgt eine maschinelle Foliierung der Akten mit einer archivsicheren, alterungsbeständigen Tinte, die berührungslos mit einem Tintenstrahldrucker aufgebracht wird. Die „Entsäuerung“ umfasst mehrere Verfahrensschritte, die jedoch nicht in einem Mehrbadverfahren abgewickelt werden, sondern in einem Kombinationsbad zusammengefasst sind. Dabei wirkt eine Mischung aus Magnesiumhydrogencarbonat, Methylcellulose und Fixiermitteln auf die einzelnen Blätter ein. Empfindliche Stempelfarben

und Schreibstoffe werden vor dem Verlaufen gesichert, die vorhandene Säure wird neutralisiert und eine in das Papier eingebrachte alkalische Reserve bietet künftig einen Säurepuffer.

Das getrocknete Papier, das bei dem durchlaufenen Prozess an Umfang zunimmt, wird zuletzt geglättet und wieder in den ursprünglichen Aktenverbund eingefügt.

Da der Bestand *Gestapo Leitstelle München* eine aus konservatorischer Sicht sehr unbefriedigende Verpackung aufwies, wurde anlässlich der Entsäuerung auch eine Neuverpackung der Archivalien vorgenommen. Hierzu wurden säurefreie, alterungsbeständige Jurismappen sowie die benötigten Tekturen mit der Bestellsignatur nach Dahlwitz-Hoppegarten mitgegeben. Angesichts des wachsenden Volumens der Akten wurden auch Stülpedeckelkartons als Verpackungsreserve geliefert.

Der Auftrag umfasste neben der maschinellen Entsäuerung der Akten zudem deren Mikroverfilmung. Ziel ist es, die Akten nach ihrer Behandlung aus konservatorischen Gründen nicht mehr im Original, sondern nur mehr in Form eines Schutzmediums, als Film, an Benutzer auszugeben.

Die Archivalien kehrten nach einem Bearbeitungszeitraum von rund acht Wochen unversehrt nach München zurück. Eine erste stichprobenartige Sichtung der Akten zeigte neben den bekannten und zu erwartenden Begleiterscheinungen wie mehr oder weniger welliges Papier und einen dadurch bedingten Volumenzuwachs kaum „Schäden“ im Sinne von verlaufenen Stempeln, Farben oder ausgeblutetem farbigen Papier. Zu einem leichten Ausbluten kam es bei Eintragungen mit grünem und violetttem Farbstift, die Schrift selbst blieb aber lesbar. Das Volumen der Archivalien hat durch die Wellung und die Neuverpackung zugenommen. Die Archivalien werden in säurefreie Kartons umgelegt.

Ohne das Resultat detaillierter Analysen vorwegzunehmen, darf nach dem augenblicklichen Kenntnisstand von einem positiven Ergebnis des Pilotprojektes ausgegangen werden.

Mit dieser erstmaligen Entsäuerung von Schriftgut taten die Staatlichen Archive Bayerns einen wichtigen Schritt in die Zukunft, damit nicht eines Tages Teile der Archive „mit dem Besen hinausgefegt werden müssen“, wie Gregor Richter einst seinen Beitrag über Bestandserhaltungsmaßnahmen in Heft 2 der Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg überschrieb.

Martina Haggemüller

Archivbau

Neue Theke im Lesesaal des Staatsarchivs Augsburg

Im Herbst 1989 wurde der Neubau des Staatsarchivs Augsburg bezogen. Der im Osten des Gebäudes angeordnete, geräumige Lesesaal mit Repertorienzimmer wird vom Eingangsfoyer aus betreten. Für die Archivalienausgabe und die Aufsicht war am nördlichen Kopfende des Lesesaals eine Theke eingebaut worden (Abb. 1). Wie sich im Lauf der Jahre herausstellte, war diese Theke aber für den täglichen Arbeitsablauf nicht befriedigend groß dimensioniert gewesen. Direkt neben dem Durchgang zur Bereitstellung und dem Magazin angesiedelt, bot sie nicht genügend Platz für Ausheber und Lesesaalaufsicht

und verfügte zudem über zu geringe Ablagemöglichkeiten. Außerdem wurden beide Mitarbeiter seitdem mit zusätzlichen Aufgaben im Bereich der Benützerverwaltung bzw. der Recherche betraut, die eine vollwertige EDV-Ausstattung sowie zusätzliche Ablageflächen erforderten. Ein Arbeitsplatz mit PC wurde daher zunächst in das Repertorienzimmer verlegt. Während der Ausheber im Magazin war, musste aber von dort jedes Mal an die Theke gewechselt werden, um die Aufsicht sicherzustellen. Ein weiterer Nachteil der Thekenkonstruktion war die zu schmal bemessene, integrierte Schwingtür, durch die der Ausheber vom Magazin kommend mit seinem Wagen in den Lesesaal einfahren musste. Daher wurde in Augsburg schon seit längerem über eine bauliche Änderung nachgedacht.

Unmittelbarer Anlass für die Umsetzung waren Archivaliendiebstähle im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, die im Herbst 2010 offenkundig geworden waren. Diese machten strengere Aufsicht und Kontrolle in allen Lesesälen der Staatlichen Archive Bayerns erforderlich. Neben dem Erlass einer neuen Lesesaalordnung sowie einer Neuregelung der Benützung der Arbeitskabinen im Staatsarchiv Augsburg wurde nun auch der Umbau des Thekenbereichs in Angriff genommen. Das Ziel der Maßnahme war ein verbesserter Überblick für das Personal im Lesesaal sowie die Einrichtung von zwei vollwertigen Arbeitsplät-

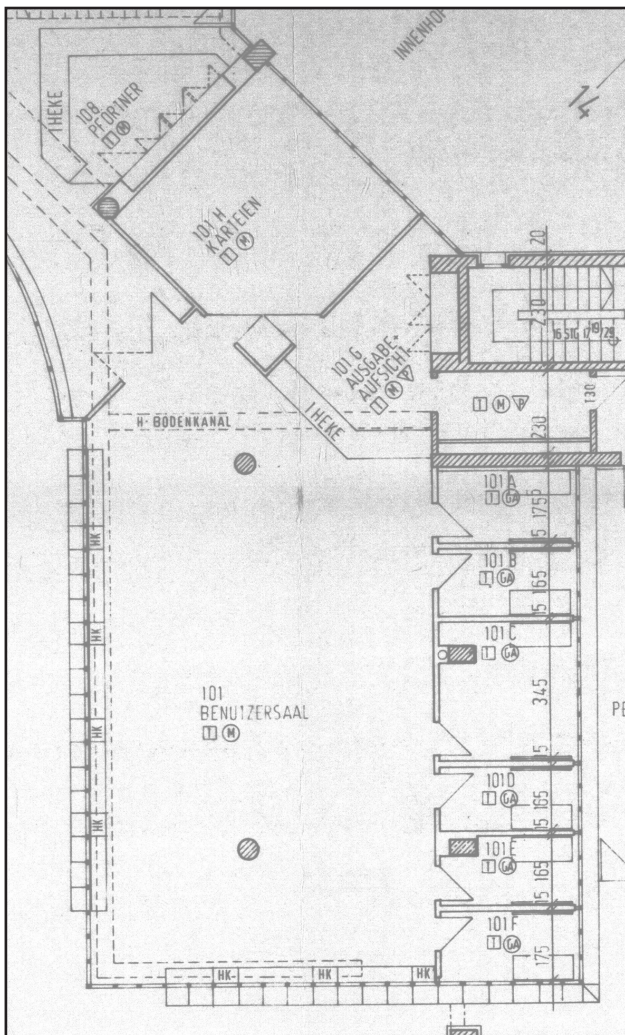
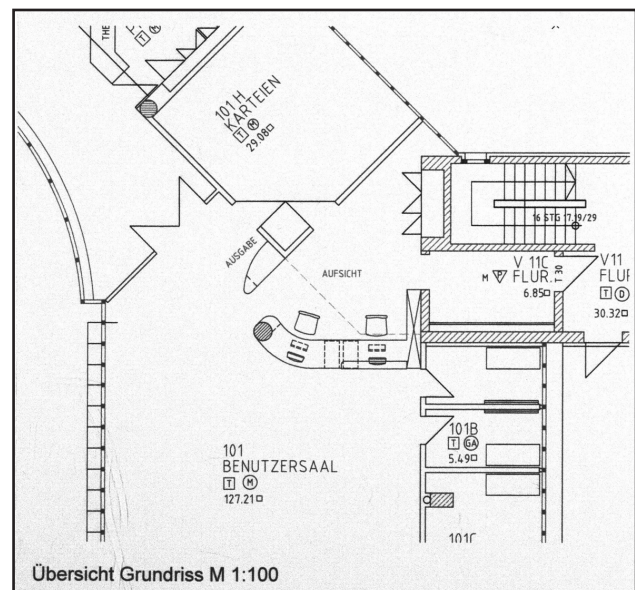


Abb. 1: Lesesaal mit Theke – Bestandsplan des Land- und Universitätsbauamtes Augsburg, M 1:100 (31.7.1989)



Übersicht Grundriss M 1:100

Abb. 2: Neue Theke – Planung des Staatlichen Bauamtes Augsburg (Frühjahr 2011)



Abb. 3: Die neue Theke im Lesesaal (August 2011, Foto: Rainer Jedlitschka)

zen, um eine lückenlose Aufsicht während der Öffnungszeiten sicherzustellen. Die Theke sollte außerdem Platz für einen Kontrollmonitor bieten, auf den Kameras aus Lesesaal, Repertorienzimmer und Foyer des Staatsarchivs geschaltet werden können.

Nach einer Analyse von Eingangssituation, Arbeitsabläufen und Arbeitsplatzergonomie wurde im Frühjahr 2011 ein Entwurf durch das Staatliche Bauamt Augsburg erstellt (Abb. 2). Der Einbau erfolgte im August. Die Theke wurde nach Süden bis zum Eingang der ersten Arbeitskabinen gerückt und bindet in einem Bogen nach Westen die vorgelagerte Säule mit ein. Eine kleine Fortführung schließt die Theke nach Norden zur Wand des Repertorienzimmers hin ab, lässt aber zur Säule hin ausreichend Raum für den Durchgang mit einem Aushebewagen.

An der nun deutlich vergrößerten Theke wurden zwei großzügige Arbeitsplätze mit PC-Anschluss geschaffen, von denen der Lesesaal gut eingesehen werden kann. Da eine Säule des Lesesaals mit einbezogen wird, ergibt sich auch eine optisch ansprechende Einheit. Beide Arbeitsplätze verfügen über einen Rollkontainer mit ausreichend Stauraum. Weiter ent-

standen Ablagemöglichkeiten durch ein angeschlossenes Wandregal sowie zusätzliche Ablageflächen an der Säule. Die Theke selbst wurde in Anlehnung an die vorhandenen Möbel in Holz mit gebeiztem Eschenfurnier hergestellt, die Sichtseite bodenbündig durch Aluminiumleisten in drei Teile gegliedert. Die Tischplatten bestehen aus melaminharz-beschichteten weißen Spanplatten, die Sichtkanten sind mit Eschenholz-Umleimern verkleidet. Die Gesamtkosten der Umbaumaßnahme beliefen sich auf knapp 10.000 Euro.

Mit der neuen Theke wurde das Ziel einer funktionalen Verbesserung der Arbeitsabläufe und effektiveren Aufsicht im Lesesaal erreicht. Darüber hinaus unterstreicht die repräsentative Gestaltung den Charakter einer Empfangstheke und wertet den gesamten Raum optisch auf (Abb. 3).

Rainer Jedlitschka

Ausbildung

Referendarkurs der Archivschule besuchte die nordbayerischen Staatsarchive und das Archiv der Familie von Seckendorff

Vom 12. bis 14. Oktober 2011 besuchten die Referendarinnen und Referendare des Vorbereitungsdienstes für die 4. Qualifizierungsebene der Bayerischen Archivschule in Begleitung von Dr. Margit Ksoll-Marcón, Generaldirektorin der Staatlichen Archive, Dr. Bernhard Grau und Sabine Frauenreuther, beide von der Generaldirektion, die Staatsarchive in Nürnberg, Amberg, Bamberg, Coburg und Würzburg sowie das Familienarchiv der Grafen von Seckendorff in Oberzenn. Sie besichtigten somit einerseits Archivbauten, die um die Wende zum 20. Jahrhundert explizit zu diesem Zweck errichtet wurden und andererseits Gebäude, die erst für die archivische Nutzung adaptiert wurden. Neben den archivbaulichen Besonderheiten und Herausforderungen lernten die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer die jeweilige Überlieferung der Häuser kennen.

Durch das Staatsarchiv Nürnberg führte dessen Leiter, Leitender Archivdirektor Dr. Gerhard Rechter. Er stellte die vielfältige historische Beständelandschaft Mittelfrankens vor. Neben dem Abschluss der Beständebereinigung und dem Neuaufbau der provenienzreinen Fonds gehört es unter anderem zu den strategischen Zielen des Archivs, die Abgabe- und Übernahmeverfahren bei neuem Schriftgut effizient und zuverlässig durchzuführen. Die Neuzugänge stellt das Archiv – mit Ausnahme der Baupläne – inzwischen in akzessorischer Lagerung auf. Auf dem Rundgang durch den 1880 errichteten Archivzweckbau erläuterte Dr. Rechter die in den vergangenen Jahren vorgenommenen Modernisierungsmaßnahmen. So wurden die Öffentlichkeitsbereiche freundlicher gestaltet und die Arbeitsplätze der Mitarbeiter optimiert. Abschließend konnten sich die Referendarinnen und Referendare vom Potenzial des repräsentativen Kaisersaals überzeugen, dessen Renovierung ansteht.

In Amberg erwartete Archivdirektorin Dr. Maria Rita Sagstetter die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer. Sie präsentierte die Qualitäten der Kombination des vom Jugendstil geprägten, historischen Archivzweckbaus mit einem modernen Erweiterungsbau, der in den Jahren 1984 bis 1987 errichtet wurde. Im Rahmen der Erweiterung wurde der alte Magazinbau kernsaniert, so dass dort sehr gute Lagerungsbedingungen vorherrschen. Das alte Verwaltungsgebäude wurde in den Jahren 2007 bis 2010 in mustergültiger Zusammenarbeit zwischen Archiv-

verwaltung und dem zuständigen Bauamt unter Betonung des historischen Charakters saniert. So dient der ehemalige Lesesaal mit seinen preisgekrönten Möbeln aus der Erbauungszeit nun als ansprechender Rahmen für Besprechungen und Empfänge. Dr. Sagstetter zeigte den Referendarinnen und Referendaren dort Zimelien des Hauses und bedeutende Quellen zur Geschichte des Archivs. „Die Überlieferung zur Oberpfalz verdient so ein schönes Haus“, ist sich die Archivleiterin sicher. Mit der urkundlichen Überlieferung des Klosters Waldsassen beteiligt sich das Archiv am Bayerisch-Tschechischen Netzwerk digitaler Geschichtsquellen (www.porta-fontium.de).

Die Räume und die Arbeitsweise des Staatsarchivs Bamberg erlebten die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer im Rahmen einer Führung durch Archivober-rat Dr. Klaus Rupprecht. Der 1902 bis 1905 errichtete ältere Teil des Gebäudekomplexes befindet sich im Bamberger Villenviertel „Haingebiet“ in der Hainstraße. Die ursprünglichen Gebäude wurden als Archivzweckbauten in neobarockem Stil errichtet und bestehen aus einem kleineren Verwaltungsgebäude und dem als Dreiflügelanlage aufgeführten Magazinegebäude. In den Jahren 1959/60 kam ein weiterer Magazinbau hinzu; ein 1981 geplantes Erweiterungsgebäude wurde bisher noch nicht verwirklicht. Mit einer angemieteten Supermarkthalle in Debring südlich von Bamberg wurde weiterer Magazinraum geschaffen, der noch Platz für einige Jahre bieten soll. Dr. Rupprecht machte auf die archivbaulich bedingten Klimaprobleme im alten Magazinbau aufmerksam, denen durch den Einbau einer Temperierungsanlage begegnet wurde. In diesem Magazin seien die Archivalien nach einem Zitat des ehemaligen Generaldirektors Hermann Rumschöttel zudem „auf Urlaub“, da sie viel Platz, viel Luft und viel Licht hätten, was der heutigen archivbaulichen Sicht nicht mehr entspricht. Dr. Rupprecht gab einen Überblick über die Bestände des Staatsarchivs, die zum Teil noch in Selekte gegliedert sind. Diese werden jedoch kontinuierlich aufgelöst. Rupprecht verwies während der Führung auch auf die große Zahl von bedeutenden, fränkischen Adelsarchiven, die sich im Staatsarchiv Bamberg befinden.

Ein ehemaliges Zeughaus aus dem Ende des 17. Jahrhunderts und ein moderner Anbau bilden den Gebäudekomplex, in dem das Staatsarchiv Coburg untergebracht ist. Dessen Leiter, Archivrat Diplomarchivar (FH) Horst Gehringer erläuterte die historische Bedeutung des Hauses und hob besonders die

Sonderrolle des Staatsarchivs Coburg als internationale Forschungsstätte hervor. Diese ergibt sich aus den internationalen Vernetzungen der Fürstenfamilie Sachsen-Coburg, die beispielsweise zu Anfragen zu den im Staatsarchiv lagernden Beständen aus Bulgarien führt. Prominentester Vertreter der Familie ist zweifellos Prinz Albert, Prinzgemahl von Königin Victoria von England. Große Bedeutung für das Archiv haben in diesem Zusammenhang die Prinz-Albert-Gesellschaft und die Niederfüllbacher Stiftung, mit deren Hilfe etwa das Archiv der Grafen von Ortenburg käuflich erworben werden konnte. Bei einem Rundgang durch das Haus zeigte sich deutlich die gelungene Verbindung zwischen Denkmalschutz und Funktionalität, die der teils entkernte und sanierte Altbau aufweist. Herr Gehringer erklärte auch den vorbildlichen Notfallplan des Staatsarchivs Coburg.

Einen Einblick in das Staatsarchiv Würzburg gaben Leitender Archivdirektor Dr. Werner Wagenhöfer und Archivoberrat Jens Martin M.A. Es hat seinen Sitz in der Residenz, wo bereits seit 1764 ein fürstbischöfliches Archiv bestand. Teile des Magazins sind in der Festung Marienberg untergebracht. Die Bestände des Archivs, das in Bayern die größten Verluste während des Zweiten Weltkriegs erlitten hat, sind noch stark nach dem Pertinenzprinzip gegliedert. Die seit den 1980er Jahren betriebene Provenienzanalyse ist etwa bei den 70.000 verwahrten Urkunden sehr weit fortgeschritten. Im Urkundenbestand des Würzburger Staatsarchivs befindet sich auch die älteste in bayerischen Archiven vorhandene Originalurkunde aus dem Jahr 777 (Karl der Große schenkt dem Kloster Fulda das Königsgut Hammelburg). Die Unterbringung der Würzburger Bestände in zwei historischen Gebäuden birgt lagerungstechnisch viele Probleme, wie bei einem Magazinrundgang in der Residenz deutlich wurde. Die nach dem Krieg eingebaute Regalanlage, zu der keine Regalböden mehr lieferbar sind, kann aus Platzgründen beispielsweise nicht mit Stülpdeckelkartons bestückt werden.

Die letzte Station war ein Besuch im „Blauen Schloss“ der Grafen von Seckendorff in Oberzenn, bei dem der Referendarkurs auch von Dr. Rechter begleitet wurde. Das im Staatsarchiv Nürnberg geordnete und im Bayerischen Hauptstaatsarchiv sicherungsverfilmte Familienarchiv ist mit seiner Unterbringung in einem ehemaligen Wirtschaftsgebäude wieder am angestammten Platz. Der Hausherr Rainer Graf von Seckendorff-Aberdar zeigte sich „rundum zufrieden und dankbar“ mit seinem Archiv, das noch die originalen Archivschränke aus dem 18. Jahrhundert aufweist. Die Bestände, deren jüngste Archivalien etwa aus dem Jahr 2000 stammen, sind für wis-

senschaftliche Forschungen zugänglich. Nach einer Führung durch das „Blaue Schloss“, bei der die Gäste unter anderem den „Bildersaal“ mit den in die Wand eingelassenen Familienporträts aus dem 17. und 18. Jahrhundert bewundern konnten, fand der Besuch im gräflichen Schloss bei Kaffee und Kuchen und netten Gesprächen seinen Ausklang.

Vielfältige Gelegenheit zum lockeren Austausch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Archive bot sich den Referendarinnen und Referendaren bei gemeinsamen Mahlzeiten in traditionsreichen Gaststätten wie auch bei Pausen in den Archiven – ob es nun bei reichhaltig belegten Brötchen in Nürnberg, Kaffee und selbstgebackenem Kuchen in Amberg oder bei „Hörnla“ in Bamberg war. Die engagierten Führungen und die Gastfreundschaft hinterließen bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Studienfahrt positive bleibende Eindrücke.

Johannes Haslauer, Christine Kofer,
Irmgard Lackner

Archivsekretärinwärterinnen und -anwärter schließen ihre Ausbildung ab

Mit der Aushändigung der Prüfungszeugnisse endete am 10. November 2011 der Vorbereitungsdienst 2009/2011 für den Einstieg in der 2. Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Bildung und Wissenschaft, fachlicher Schwerpunkt Archivwesen (bisher: mittlerer Archivdienst). Fünf Archivsekretärinwärterinnen und -anwärter, darunter eine Anwärterin der Stadt Weiden als Gast, sowie zwei Archivsekretäre,



(vorne von links:) Wolfgang Dudik, Stefan Dünisch, Manuela Roth (Stadt Weiden), Sabine Frauenreuther (Bayerische Archivschule), (hinten von links:) Andreas Burger, Simon Schütz, Christine Hertle, Andreas Reinwald

die im Rahmen der Ausbildungsqualifizierung teilgenommen hatten, absolvierten die zweijährige Ausbildung.

Die Ausbildung bereitet auf die Tätigkeit als Archivar vor und befähigt darüber hinaus zur Übernahme umfangreicher Aufgaben im Bereich der Verwaltung, z.B. in einer Behördenregistratur.

Zwischen den beiden theoretischen Lehrgängen an der Bayerischen Archivschule in München führten Praktika die Archivoschülerinnen und Archivoschüler zunächst ins Staatsarchiv München und ins Bayerische Hauptstaatsarchiv. Die Anwärtlerin aus Weiden erhielt auch die Gelegenheit, das für die Oberpfalz zuständige Staatsarchiv Amberg kennenzulernen.

Einblicke in das kommunale und kirchliche Archivwesen ließen sich im Stadtarchiv München und im Archiv des Erzbistums München und Freising gewinnen. Es handelt sich um den ersten Ausbildungskurs, der in einem elektronischen Vorgangsbearbeitungs- und Dokumentenmanagementsystem geschult wurde und zwar in den Funktionen Sachbearbeiter und Registrator. Alle Kandidatinnen und Kandidaten haben die abschließende Qualifikationsprüfung mit gutem Erfolg abgelegt. Im Anschluss daran konnten sie erfreulicherweise in den staatlichen Archivdienst übernommen bzw. hier beschäftigt werden.

Sabine Frauenreuther

Ausstellungen

Drei Lehrausstellungen der Bayerischen Archivschule

Die Erarbeitung von wissenschaftlichen Ausstellungen auf der Grundlage von Archivgut ist ein fester Bestandteil der Archivausbildung. Im theoretischen Unterricht werden Grundlagen vermittelt, die bei der Vorbereitung einer Lehrausstellung praktisch umgesetzt werden. Für die Ausbildung des bisherigen Höheren Archivdienstes, der nunmehrigen vierten Qualifikationsebene, Fachlaufbahn Bildung und Wissenschaft, Schwerpunkt Archivwesen, wurde der Umfang der Ausstellung ausgeweitet und auch die Präsentation professionalisiert. So ist jetzt eine Pressemitteilung zu entwerfen, die auf der Homepage der Staatlichen Archive Bayerns veröffentlicht und an die Presse versandt wird. Zu den Eröffnungen dieser kleinen Ausstellungen der Bayerischen Archivschule ist die Öffentlichkeit eingeladen.

Ziel der Neuerungen ist es, die Ausstellungsvorbereitung noch stärker der praktischen Archivarbeit in den künftigen Archiven anzunähern:

- Großer Wert wird darauf gelegt, dass die Referendarinnen und Referendare bei der Vorbereitung mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und des Bayerischen Hauptstaatsarchivs zusammenarbeiten: von der Pressestelle über die Foto- und Restaurierungswerkstätten bis zur Hausverwaltung. Hier können u.a. die Arbeit in einem größeren Team, die Zerlegung einer Aufgabe in Arbeitsschritte und das Zeitmanagement an einem konkreten Projekt eingeübt werden.
- Bei der Eröffnung stellt das Ausstellungsteam zuerst mit einem Vortrag sein Ausstellungsthema vor und führt dann durch die Ausstellung. Pressever-

treter nehmen zum Teil an dieser Führung teil, sie können aber auch einen eigenen Termin vereinbaren.

- Die Begleitpublikation trägt ein zitierfähiges Impressum, aber keine ISBN.

Im laufenden Jahr stellten drei Zweiergruppen des Vorbereitungsdienstes 2010–2012 ihre Lehrausstellungen vor:

Der Reigen begann am 2. Mai 2011 mit der Ausstellung „... **und reichen euch im Geiste unsere Hände über das große Weltmeer hinüber. Die Auswanderung der Familie Winkler aus Franken nach Amerika 1849/53**“, die von Dr. Katrin Marth M.A. und Daniel Schönwald M.A. erarbeitet wurde. Die Ausstellung schilderte den Hintergrund der großen Auswanderungsbewegung aus Deutschland in der Mitte des 19. Jahrhunderts nach Amerika und die damit verbundenen konkreten Schritte. Als Beispiel wurde die Familie Winkler aus Kalbensteinberg in Mittelfranken ausgewählt, die 1853 über Hamburg in den US-amerikanischen Bundesstaat Michigan auswanderte. Dort hatten sich bereits fränkische Siedler in den Orten wie „Frankenmuth“, „Frankentrost“ und „Frankenhilf“ angesiedelt. Höhepunkt der Ausstellung waren Briefe aus Privatbesitz, die Mitglieder der Familie zwischen 1853 und 1861 an ihre Verwandten in Kalbensteinberg schrieben. Neben Archivalien aus dem Staatsarchiv Nürnberg und dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv wurden Exponate des Deutschen Schifffahrtsmuseums Bremerhaven, des Löhe-Archivs der Gesellschaft für Innere und Äußere Mission und des Archivs der Diakonie in Neuendettelsau sowie des Archivs der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Kalbensteinberg gezeigt. Die Ausstellung war im Treppenhaus des Bayerischen Hauptstaatsar-

chivs bis zum 27. Juni 2011 zu sehen und wird voraussichtlich im Juli 2012 in Nürnberg gezeigt werden (Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben).

Die zweite Lehrausstellung mit dem Titel **„Ob-schon Unser Churfürstliches Gemüth allzeit mehr zur Milde als Schärfe geneigt ist ... Bettler, Diebe, Gauner und Vaganten – Randgruppen, Policy und Strafjustiz im Kurfürstentum Bayern“** wurde von Andreas Nestl und Johannes Staudenmaier M.A. vorbereitet. Sie war vom 19. September bis zum 11. November 2011 im Bayerischen Hauptstaatsarchiv zu sehen. Die Ausstellung ging der Frage nach, ob das 18. Jahrhundert ein „Jahrhundert der Bettler und Gauner“ war. Die steigende Anzahl kurfürstlicher Mandate mit zum Teil grausamen Strafanordnungen könnte das ebenso vermuten lassen wie die Einführung von Streifengängen zur Täterverfolgung und von Gefängnissen, Arbeits- und Zuchthäusern als neuen Methoden der Bestrafung. Erhöhte sich die durch nichtsesshafte Randgruppen ausgeübte Kriminalität im 18. Jahrhundert aber tatsächlich so signifikant, dass ein intensivierter Regelungs- und Handlungsbedarf seitens der Obrigkeit erforderlich war? Untersucht wurden die rechtliche Zuständigkeit der Hoch- und Niedergerichte, die rechtliche Normsetzung durch Mandate und anhand des Beispiels eines Vagantenpaares die Rechtswirklichkeit. Exponate aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv, dem Staatsarchiv München, dem Münchner Stadtmuseum und dem Bayerischen Nationalmuseum zeigten sowohl die normative als auch die praktizierte Seite der *Policy* und Strafjustiz im Kurfürstentum Bayern.

Am 5. Dezember 2011 wurde die dritte Lehrausstellung eröffnet, die bis zum 10. Januar 2012 im Bayerischen Hauptstaatsarchiv gezeigt wird (Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag 8.30–18.30 Uhr, Freitag 8.30–13.30 Uhr, an den Feiertagen geschlossen). Unter dem Titel **„Im Dienst der Allgemeinheit – Stiftungskultur in Altbayern (bis 1807). Das Herzogliche Georgianum in Ingolstadt und das Heiliggeistspital in München“** vergleichen Johannes Haslauer M.A. und Dr. Claudius Stein M.A. zwei spätmittelalterliche Stiftungen miteinander, das 1494 in Ingolstadt als Studentenkolleg gegründete Herzogliche Georgianum und das Münchner Heiliggeistspital, dessen Wurzeln im 13. Jahrhundert liegen. War das Georgianum eine Stätte zur Förderung von Wissenschaft und Frömmigkeit in unmittelbarer Nähe zur Universität in Ingolstadt, so leistete das Spital als bedeutendste Wohlfahrtseinrichtung in der Stadt München unverzichtbare soziale Dienste im Bereich der Pflege von Alten, Schwachen und Kran-

ken. Beide Stiftungen folgten über die Jahrhunderte dem Kern des Stiftungsauftrags und tun dies bis heute, wenngleich an neuen Standorten und in neuen Häusern. Auch das Georgianum befindet sich seit 1826 in München und wahrte als Priesterseminar am Professor-Kurt-Huber-Platz das Vermächtnis seines Gründers Herzog Georgs des Reichen von Bayern-Landshut (gest. 1503). Dokumente aus dem Stadtarchiv München, dem Archiv des Herzoglichen Georgianums und dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv legen in der Ausstellung authentisch Zeugnis für das Wirken der Stifter und der Stiftungen ab.

Christian Kruse

Auf den Spuren von Prinz Albert – Ausstellung im Staatsarchiv Coburg

Den 150. Todestag von Prinz Albert, des Prinzgemahls der englischen Königin Victoria, nahm das Staatsarchiv Coburg zum Anlass, den Spuren des Coburger Prinzen in den eigenen Beständen nachzuforschen. Während Prinz Albert in Coburg durch sein Denkmal auf dem Marktplatz im alltäglichen Leben stark präsent ist, gilt ihm in Großbritannien bei weitem nicht diese Aufmerksamkeit. Daran vermag auch das Albert-Memorial und die gegenüber liegende Royal Albert Hall in London nichts zu ändern. Eine Rolle spielt dabei sicher, dass Prinz Albert schon den Zeitgenossen nicht zuletzt wegen seiner Vorstellungen über Pflichtgefühl, Moral und Disziplin als tugendhaft, aber eben auch als langweilig galt.

Dennoch ist seine Bedeutung unstrittig – für seine Familie durch die Heirat mit der britischen Königin Victoria, der damals mächtigsten Frau der Welt, im Jahr 1840, aber auch für die englische Geschichte. Albert avancierte im Laufe der Zeit zum wichtigsten politischen Berater seiner Frau und arbeitete mit ihr unmittelbar an den wichtigsten Regierungsakten. Er vertrat die Auffassung, dass in einer konstitutionellen Monarchie der Regierungschef zunächst dem Parlament verantwortlich ist und die Krone neutral über der Parteipolitik zu stehen hätte. Zumindest nach außen wurde dieser Anschein allen Konflikten mit den jeweiligen Regierungen zum Trotz gewahrt. Dies diente bis in die Gegenwart hinein der Akzeptanz der Monarchie im weitaus überwiegenden Teil der britischen Bevölkerung. Die Krone wurde entpolitisiert, blieb aber auf indirektem Wege gesellschaftspolitisch einflussreich. Sie wurde jenseits tages- und parteipolitischer Konflikte zu einem einigenden Symbol für Staat und Empire gestaltet, das im Laufe des 19. Jahrhunderts durch Zeremoniell und Medienpräsenz immer mehr in die Öffentlichkeit trat. Albert entwarf damit, ohne von einem festen Konzept auszugehen,

das im Kern bis heute gültige Leitbild der englischen Regenten und leistete damit einen Beitrag zum Erhalt der Monarchie in Großbritannien insgesamt.

Das Konzept für die Erinnerung an den 150. Todestag Alberts wurde zusammen mit den anderen Kulturinstitutionen in Coburg abgestimmt. Die Kunstsammlungen der Veste Coburg, das Naturkundemuseum, die Landesbibliothek und das Staatsarchiv Coburg in der Stadt sowie das Gerätemuseum Ahorn im Landkreis Coburg widmeten jeweils aus unterschiedlichem Blickwinkel diesem Gedenktag eigene Ausstellungen sowie eine in Kooperation erstellte Publikation. Die Ausstellung des Staatsarchivs wurde vor der wissenschaftlichen Konferenz der Prinz-Albert-Gesellschaft eröffnet, die mit dem Thema „Inszenierung oder Legitimation? Monarchy and the Art of Presentation“ ein in der Forschung aktuelles Thema mit deutsch-britischem Vergleich erörterte. Auch die von der Coburger Landesstiftung veranstaltete Coburger Museumsnacht am 10. September 2011 stand unter dem Motto „SIND BRITEN DA? PRINZ ALBERT – COBURG – ENGLAND.“ Im Staatsarchiv drängten sich zwischen 18 und 24 Uhr an diesem Samstag über 2400 Besucher. In der Ausstellung spielte mit ProjectJ eine über Coburg hinaus bekannte Band. Das Repertoire der sieben Musiker reichte dabei von Jazz-Standards und Klassikern des Rock und Pop über Swing- und Jazz-Hits aus den 1930er Jahren

bis zu einigen Funk-Jazz- und Fusion-Nummern der Gegenwart.

Die gemeinsam erstellte Publikation ist zum Preis von 9,50 Euro im Buchhandel erhältlich: *Albert, Prinz aus Coburg (1819–1861). Ein Wegbegleiter auf den Spuren von Prinz Albert von Sachsen-Coburg und Gotha in seiner Heimat anlässlich der 150. Wiederverkehr seines Todestages.* Hrsg. von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Coburg. Konzept und Red.: Klaus Weschenfelder. Grafische Gestaltung Aaron Rößner, Coburg 2011 (ISBN 978-3-00-035639-1; 152 S. mit zahlreichen Abbildungen).

Horst Gehringer



Die Band ProjectJ im Staatsarchiv Coburg

Königliche Nachbarschaft: Das Staatsarchiv Landshut und König Ludwig II. auf der Burg Trausnitz

Der gegenwärtige Dienstsitz des Staatsarchivs Landshut, die Burg Trausnitz, geht im Kern auf das 13. Jahrhundert zurück und stellt geradezu das Musterbeispiel einer landesherrlichen Burg des Mittelalters dar. Ihr Erscheinungsbild hat sich aber im Lauf der Jahrhunderte immer wieder gewandelt; so ist etwa der prächtige Innenhof von der Renaissance überformt und geprägt. Weniger bekannt ist, dass die Burg Trausnitz zumindest am Rande auch in das Blickfeld König Ludwigs II. von Bayern geraten war und seine sprichwörtliche Baulust ein weiteres Mal auflodern ließ. Er hatte sich in dieser wittelsbachischen Stammburg zwischen 1869 und 1875 in den ehemaligen Prinzenzimmern des zweiten Obergeschosses, das zwischenzeitlich vom Vorläufer des Staatsarchivs, dem Archivkonservatorium bzw. Kreisarchiv für Niederbayern, als Magazin genutzt worden war, eine Zimmerflucht einrichten lassen. Hinter der nur mäßig repräsentativen Bezeichnung „königliches Ab-

steigequartier“ verbargen sich jedoch insgesamt acht Räume in prunkvoller Ausstattung, die im sogenannten „altdeutschen“ Stil, also in einer Art schwerer deutscher Renaissance gestaltet wurden und die mit ihren Wandvertäfelungen, Wandtapeten und reichen Eichen- bzw. Nussbaummöbeln ein üppiges, düster-gravitatisches Bild zeicheten.

Bei dem Großbrand auf der Burg Trausnitz im Jahr 1961, der den sogenannten Fürstenbau bis auf die Grundmauern zerstörte, gingen nicht nur unersetzliche Archivalien unwiederbringlich verloren, sondern es wurden auch die dortigen Prachträume, darunter das Absteigequartier mit seiner originalen Ausstattung, vernichtet.

Passend zum 125. Todesjahr König Ludwigs II. von Bayern lässt nun die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen eine Dauerausstellung erarbeiten, die an die königlichen Zimmer Ludwigs II. auf der Burg Trausnitz erinnern soll und in der auch ein lebensgroßes Portraitgemälde König Ludwigs II. gezeigt werden wird, das bis vor kurzem noch das Obergeschoss des Staatsarchivs Landshut zierte. Im Zuge dieser Arbeiten hat eine

wissenschaftliche Mitarbeiterin der Schlösserverwaltung im Rahmen einer Archivrecherche überraschend einen im Foyer des Staatsarchivs befindlichen Stuhl der ursprünglichen Möblierung des Absteigequartiers zuordnen können; er ist auf einer Werkzeichnung dargestellt, die sich in der Altregistratur der Schlösserverwaltung befindet. Das verhältnismäßig einfache Modell war für das Kammerdienerzimmer vorgesehen, der Entwurf stammt von Peter Herwegen. Von den Sitzmöbeln aus Eichenholz, deren Sitz- und Lehnbereich mit Rohrgeflecht versehen ist, konnte im Staatsarchiv inzwischen ein Ensemble von insgesamt vier Stühlen festgestellt werden. Ohne Wissen um ihre Herkunft dienten und dienen sie in jüngerer Zeit im Staatsarchiv Landshut lediglich dekorativen Zwecken. Eine Nachschau durch Experten der Schlösserverwaltung ließ auch noch zwei Tische, die

im Vorstands- bzw. Stellvertreterzimmer stehen, in die Nähe der Stühle Ludwigs II. rücken; der archivarische Nachweis für ihre Aufstellung im Kammerdienerzimmer konnte bislang aber noch nicht erbracht werden. Woher auch immer die Tische stammen mögen, in körperliche Berührung mit König Ludwig II. sind sie mit Sicherheit genauso wenig gekommen wie die Kammerdienerstühle – Ludwig hat das Absteigequartier zwar einrichten lassen, hat es aber niemals bezogen.

Nach dem geplanten Wegzug des Staatsarchivs Landshut von der Burg Trausnitz in einen funktionalen Neubau werden die Möbel aus dem königlichen Absteigequartier vermutlich auf der Burg verbleiben und in den Fundus der Schlösserverwaltung übergehen.

Thomas Paringer

Internet-Auftritt

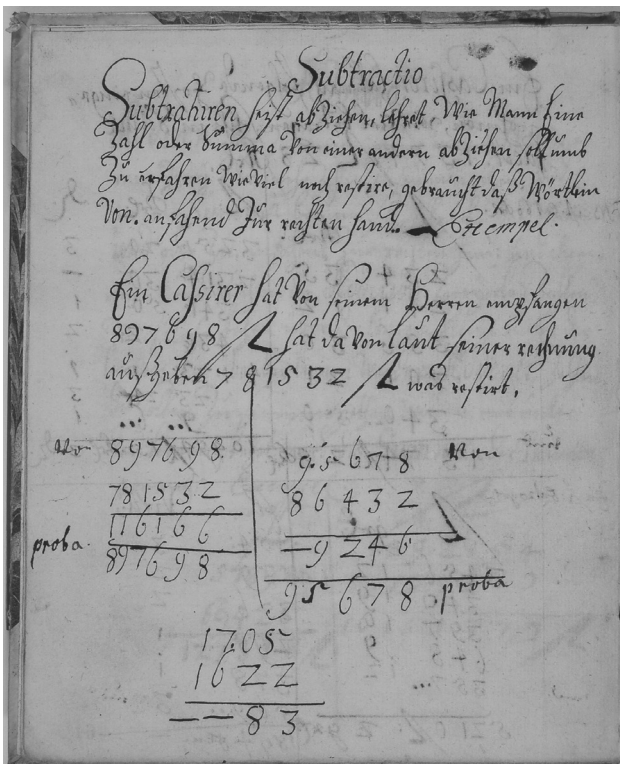
Findmittel zu den Beständen des Fürstentums Pfalz-Sulzbach im Netz

Im Rahmen eines öffentlichen Pressetermins wurden am 6. Juli 2011 die Findmittel zu den im Staatsarchiv Amberg verwahrten Beständen des Fürstentums Pfalz-Sulzbach freigeschaltet. Damit ist es jetzt möglich, auf den Internetseiten der Staatlichen Archive Bayerns (www.gda.bayern.de) einen Einblick in die

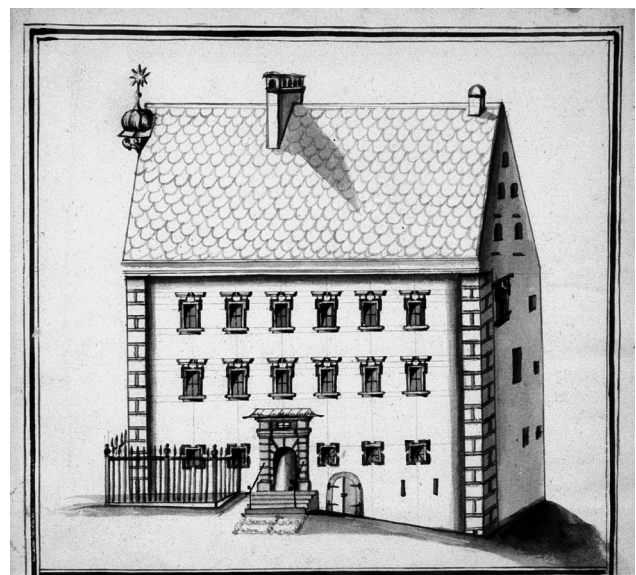
Überlieferung dieses Wittelsbacher Territoriums mit einem Umfang von rund 41.000 Archivalien zu nehmen.

Zu der Veranstaltung im Historischen Rathaus der Stadt Sulzbach-Rosenberg konnte Erster Bürgermeister Gerd Geismann Vertreter der Presse, geladene Facharchivare und interessierte Bürger begrüßen. Den symbolischen Knopfdruck zur Freischaltung tätigte er anschließend gemeinsam mit Dr. Maria Rita Sagstetter, der Leiterin des Staatsarchivs Amberg.

Die Bedeutung der Pfalz-Sulzbacher Überlieferung und die Zugangsmöglichkeiten zu den freigeschalteten Findmitteln thematisierte Jochen Rösel, Staatsarchiv Amberg. Anhand ausgewählter Archivalien



Rechenheft des Prinzen Joseph Karl von Pfalz-Sulzbach 1704, Staatsarchiv Amberg, Pfalz-Sulzbach, Geheime Registratur 2/63



Ansicht des 1659/60 errichteten Regierungsgebäudes in Sulzbach, Staatsarchiv Amberg, Pfalz-Sulzbach, Jüngere Hofkammer 4215

stellte er das breitgefächerte Quellenmaterial vor, das die Pfalz-Sulzbacher Bestände zu Themen der bayerischen Landes- und Kirchengeschichte sowie für heimatkundliche und genealogische Fragestellungen enthalten.

Anschließend erläuterte Dr. Bernhard Grau, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, das Gesamtkonzept aktuell laufender Projekte, mit denen die Archivverwaltung den interessierten Bürgern und Forschern den Zugang zu den in den Archiven

verwahrten Unterlagen zu erleichtern beabsichtigt. Im Rahmen des DFG-Projekts „Retrokonversion von Findmitteln“ etwa werden derzeit in sämtlichen bayerischen Staatsarchiven geeignete Findmittel digitalisiert und auf den Internetseiten der Staatlichen Archive Bayerns veröffentlicht. Dabei verwies Grau auch auf die technischen und organisatorischen Herausforderungen, die damit für die Arbeit der Archive verbunden sind.

Jochen Rösel

Personalia

Archivdirektor a.D. Dr. Siegfried Wenisch verstorben

Am 14. Juli 2011 verstarb Archivdirektor a.D. Dr. Siegfried Wenisch. Wenisch wurde am 17. August 1931 in Marktleugast in Oberfranken geboren. Von 1938 bis 1942 besuchte er die Volksschule in Marktchorgast und Nürnberg und schloss 1951 die Oberrealschule in Nürnberg mit dem Abitur ab. Zunächst schlug er die Beamtenlaufbahn im Postdienst ein. So war er vom 1. November 1951 bis 30. August 1952 bei der Oberpostdirektion Nürnberg als Postinspektoranwärter beschäftigt. Er schied auf eigenen Wunsch aus und begann, Geschichte, Geographie und Germanistik an den Universitäten Erlangen, Bonn und München zu studieren, bis er sich für den Archivdienst entschied. Am 2. Januar 1957 wurde er zum Anwärter im Vorbereitungsdienst für den gehobenen Archivdienst ernannt, im Januar 1960 legte er die Anstellungsprüfung an der Bayerischen Archivschule ab. Nach seiner Ernennung zum ap. Archivinspektor war er im Bayerischen Hauptstaatsarchiv zunächst in der Kanzlei und dann in der Abteilung III Geheimes Hausarchiv tätig. Zum 1. Januar 1962 erfolgte seine Versetzung an das Staatsarchiv Würzburg bei gleichzeitiger Ernennung zum Archivinspektor auf Probe; zum 3. März 1963 wurde er zum Beamten auf Lebenszeit ernannt. Die Ernennung zum Oberinspektor erfolgte bereits zum 1. November 1965. Im Staatsarchiv Würzburg war Wenisch Kanzleivorstand und war daneben auch mit archivischen Aufgaben betraut. Nebenberuflich betreute er in dieser Zeit das Archiv des Julius-Spitals in Würzburg und nahm ebenfalls zusätzlich zu seinem Dienst das Studium der Geschichte, der geschichtlichen Hilfswissenschaften und der Volkskunde an der Universität Würzburg auf.

1970 promovierte Wenisch bei Prof. Dr. Otto Meyer mit einer Doktorarbeit über „Ochsenfurt. Von der frühmittelalterlichen Gemarkung zur domkapitelischen Stadt“. Im selben Jahr richtete er ein Gesuch an die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns um Zulassung zum Vorbereitungsdienst für den höheren Archivdienst. Am 22. September 1970 erfolgte die Ernennung zum Archivreferendar und 1973 legte er die Staatsprüfung für den höheren Archivdienst ab. Zum 16. Juli 1973 wurde Wenisch zum Archivrat z.A. unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe ernannt und dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv zugewiesen. Mit Wirkung vom 1. März 1974 wurde er wieder an das Staatsarchiv Würzburg versetzt und zum 1. August 1976 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum Archivrat ernannt. Bereits zum 29. November 1979 wurde er Archivoberrat. Zum 1. Mai 1990 erfolgte die Ernennung zum Archivdirektor bei gleichzeitiger Versetzung an das Bayerische Hauptstaatsarchiv und Übertragung der Leitung der Abteilung V Nachlässe und Sammlungen. Diese Aufgabe hatte Wenisch bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand Ende August 1996. Archivdirektor a.D. Dr. Wenisch war äußerst gewissenhaft in der Erfüllung seiner Aufgaben. Wegen seines stets zuvorkommenden, höflichen und hilfsbereiten Wesens wurde er von den Kolleginnen und Kollegen wie auch von den Benutzerinnen und Benutzern sehr geschätzt. Auch während seiner Pensionierung schätzte er den Kontakt zum Kollegenkreis und nahm regelmäßig an den Sommerfesten der Bayerischen Archivschule teil. Wir werden ihm ein würdiges Andenken bewahren.

Margit Ksoll-Marcon

Neue Veröffentlichungen

Archivinventare

Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Bayerischer Landtag. Kammer der Reichsräte, bearbeitet von Renate Herget und Stefan Thiery (Bayerische Archivinventare 59/1), München 2011 (ISBN 978-3-938831-31-1) [in Vorbereitung]

Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Bayerischer Landtag. Kammer der Abgeordneten: I. Ausschuss: Justizwesen, II. Ausschuss: Finanzwesen, bearbeitet von Renate Herget und Stefan Thiery (Bayerische Archivinventare 59/2), München 2011 (ISBN 978-3-938831-32-8) [in Vorbereitung]

Ausstellungskataloge

Wildschützen in der Fürstpropstei Berchtesgaden im 18. Jahrhundert. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, 12.7.–31.8.2011, bearbeitet von Christian Kruse, München 2011 (Faltblatt)

„Obschon Unser Churfürstliches Gemüth allzeit mehr zur Milde als zur Schärfe geneigt ist ...“ Bettler, Diebe, Gauner und Vaganten – Randgruppen, *Policey* und Strafrecht im Kurfürstentum Bayern. Eine Ausstellung der Bayerischen Archivschule im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, 19.9.–28.10.2011, bearbeitet von Andreas Nestl und Johannes Staudenmaier, München 2011 (Faltblatt)

Im Dienst der Allgemeinheit – Stiftungskultur in Altbayern (bis 1807). Das Herzogliche Georgianum in

Ingolstadt und das Heiliggeistspital in München. Eine Ausstellung der Bayerischen Archivschule im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, 5.12.2011–10.1.2012, bearbeitet von Johannes Haslauer und Claudius Stein, München 2011 (Faltblatt)

Digitale Medien

Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter mit Verzeichnis der Aufbewahrungsfristen (EAPI-Aufbewahrungsfristenverzeichnis; EAPIAufbew). Stand 1.4.2011. Hrsg. vom Bayerischen Gemeindetag, Bayerischen Städtetag, Bayerischen Landkreistag und von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Staatliche Archive Bayerns – Digitale Medien 3), München 2011, ISBN 978-3-938831-04-5; auch im Internet abrufbar unter www.gda.bayern.de [„Publikationen“]

Hinweis

Albert, Prinz aus Coburg (1819–1861). Ein Wegbegleiter auf den Spuren von Prinz Albert von Sachsen-Coburg und Gotha in seiner Heimat anlässlich der 150. Wiederkehr seines Todestages. Hrsg. von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Coburg. Konzept und Red.: Klaus Weschenfelder. Grafische Gestaltung Aaron Rößner, Coburg 2011 (ISBN 978-3-00-035639-1; 152 S. mit zahlreichen Abbildungen)

Ausstellung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Vom 26. Februar bis 30. März 2012

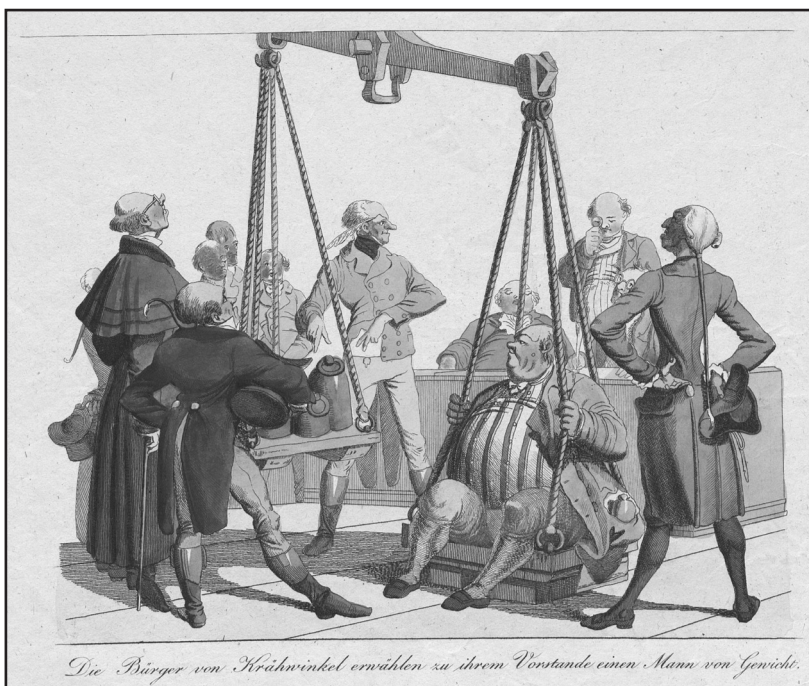
100 Jahre Bayerischer Gemeindetag. 1000 Jahre gemeindliche Selbstverwaltung

Der Bayerische Gemeindetag feiert 2012 seinen 100. Geburtstag – Grund genug, die Verbandsgeschichte in einer Ausstellung genauer unter die Lupe zu nehmen.

Warum und seit wann gibt es den Bayerischen Gemeindetag? Was sind seine Aufgaben? Wie ist der Verband organisiert?

Zusätzlich beleuchtet die Ausstellung unterhaltsam und anschaulich die Geschichte der gemeindlichen Selbstverwaltung in Bayern vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Was macht das Wesen einer Gemeinde aus? Wo wird die Gemeindekasse verwahrt? Gab es bestimmte Regeln des Zusammenlebens als Gemeinde schon immer? Kam auch im Mittelalter schon die Feuerwehr? Wozu braucht man eine Stadtmauer? Wer darf Bürgermeister werden?

Laura Scherr



Karikatur von Johann Michael Voltz, Die Bürger von Krähwinkel erwählen zu ihrem Vorstande einen Mann von Gewicht. (Bayerische Staatsbibliothek, Chalc. 211)



Löscheweimer aus Oettingen (Heimatmuseum Oettingen, Inv. Nr. 200)

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Ludwigstr. 14, 80539 München, Tel. 28638-2575

poststelle@bayhsta.bayern.de

So–Fr 10–18 Uhr, Sonderöffnung am „Tag der Archive“ (Samstag, 3. März 2012)

öffentliche Führungen jeweils Dienstag 17.00 Uhr – Eintritt frei

Impressum:

Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns
80501 München • Postfach 22 11 52 • Tel. (089) 28638-2482 • Fax (089) 28638-2615
E-Mail: poststelle@gda.bayern.de

Redaktion: Dr. Christian Kruse unter Mitarbeit von Claudia Pollach
Satz und Gestaltung: Karin Hagendorn

Titelbild: Innenminister der Tschechischen Republik Jan Kubice (rechts) überreicht dem Bayerischen Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Wolfgang Heubisch symbolisch eine Urkunde aus dem Schwarzenberg-Archiv (Foto: Innenministerium der Tschechischen Republik) (Bericht s. S. 4).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

Dr. Josef Anker M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Helmut Demattio M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Thomas Engelke M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Sabine Frauenreuther (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Horst Gehringer (Staatsarchiv Coburg). – Dr. Bernhard Grau M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Martina Haggenmüller M.A. (Staatsarchiv München). – Johannes Haslauer M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Bayerische Archivschule). – Dr. Julian Holzapfl M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Rainer Jedlitschka M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Sandra Karmann (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Florian Kislinger M.A. (Staatsarchiv München). – Christine Kofer M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Bayerische Archivschule). – Dr. Sylvia Krauß (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Christian Kruse (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Margit Ksoll-Marcon M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Irmgard Lackner M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Bayerische Archivschule). – Elisabeth Lukas-Götz M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Monika Ofer (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Thomas Paringer M.A. (Staatsarchiv Landshut). – Claudia Pollach (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Gerhard Rechter (Staatsarchiv Nürnberg). – Klaus Rieger (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Daniel Rittenauer M.A. (Staatsarchiv München). – Jochen Rösel M.A. (Staatsarchiv Amberg). – Dr. Maria Rita Sagstetter M.A. (Staatsarchiv Amberg). – Ingrid Sauer M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Laura Scherr M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Hermann Schweiger (Staatsarchiv Augsburg). – Stefan Seidl M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Thomas Steck (Staatsarchiv Augsburg). – Günter Steiner (Staatsarchiv Augsburg). – Dr. Michael Unger M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Peter Urbanek (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Susanne Wolf M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns).

Der Text dieses Heftes ist im Internet abrufbar: <http://www.gda.bayern.de>

ISSN 0721-9733

Druck: Danuvia Druckhaus Neuburg GmbH, Neuburg a.d. Donau – Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

The image shows a highly decorative, calligraphic title in gold on a blue background. The text reads "Das Königlich-Bayerische Allgemeine Reichs Archiv". The letters are intertwined with elaborate flourishes and scrollwork, characteristic of 19th-century book design. The word "Das" is at the top, "Königlich-Bayerische" is in the middle, and "Allgemeine Reichs Archiv" is at the bottom, all connected by a continuous line of ornamentation.

Am 21. April 1812 (Regierungsblatt Spalte 808–812) wurde das „Allgemeine Reichs-Archiv“ gegründet, eine Vorläufereinrichtung des 1921 geschaffenen Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Das Allgemeine Reichsarchiv verwahrte als Nachfolgeeinrichtung des Geheimen Landesarchivs reiche Urkundenbestände, wertvolle Amtsbücher und Akten des Herzogtums und Kurfürstentums Bayern sowie der im Königreich Bayern aufgegangenen geistlichen und weltlichen Herrschaften. Als weitere Vorläufer des Bayerischen Hauptstaatsarchivs bestanden in München seit 1799 das Geheime Hausarchiv und das Geheime Staatsarchiv sowie seit 1886 das Kriegsarchiv.

Der in zeitgenössischer Manier gestaltete Briefkopf, dessen Motiv Basis für die diesjährige Weihnachtskarte ist, stammt aus dem Jahr 1823 (Vorlage: Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MInn 43303).

Zum Jubiläum „200 Jahre Allgemeines Reichsarchiv“ wird am 26. April 2012 im Bayerischen Hauptstaatsarchiv ein Kolloquium veranstaltet. Der Geschichte des Reichsarchivs widmet sich auch eine Lehrausstellung der Bayerischen Archivschule, die vom 23. April bis 29. Juni 2012 im Bayerischen Hauptstaatsarchiv zu sehen ist. Nähere Informationen zu beiden Veranstaltungen werden ab Frühjahr 2012 auf der Homepage der Staatlichen Archive Bayerns zu finden sein (www.gda.bayern.de).